

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder sowie der freien eingeschriebenen Hilfsklasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 9. Erscheint alle Sonnabende. Abonnementpreis Mk. 1.50 pro Quartal. Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstr. 17. Fernspr. III, 3622. Hamburg, Sonnabend, 26. Februar 1910. Anzeigen kosten die viergespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pfennig (der Betrag ist stets vorher einzusenden). Vereins-Anzeigen 20 Pfennig die Zeile. 24. Jahrg.

Kollegen! Zur Durchführung des Tarifs bedarf es der Mitarbeit aller Kollegen! Sorgt für die Stärkung unseres Verbandes, tretet überall in die regste Agitationstätigkeit ein, erfülle jeder seine Pflicht!

Zum Wahlrechtskampf in Preußen.

Die preussische Wahlrechtsbewegung ist in eine neue Phase eingetreten. Nachdem es der preussischen Arbeiterklasse gelungen war, durch eine energische Wahlbeteiligung den Nachweis zu führen, daß das preussische Dreiklassenwahlrecht vom Jahre 1849 allen Grundsätzen von Gerechtigkeit und Staatsklugheit hohn spricht, nachdem die Sozialdemokratie durch ihre öffentliche Propaganda die Reform dieses Wahlrechts zur brennendsten Aufgabe der Gegenwart gemacht, sah sich der preussische König genötigt, am 20. Oktober 1908 die Notwendigkeit einer organischen Fortentwicklung des Wahlrechts anzuerkennen und eine solche Reform zu verhelfen. Es hat lange gewährt, ehe sich die preussische Regierung dazu bequimte, dieses königliche Versprechen zu erfüllen. Hestig wogte der Widerstreit der Interessen der bürgerlichen Parteien, die mehr oder weniger mit dem Dreiklassenwahlrecht verknüpft sind. Das Versprechen des Königs wurde gegeben zur Zeit des konservativ-liberalen Blocks, der in Preußen indes allezeit auf sehr schwachen Füßen gestanden hat. Die große Steuerkampagne, die dieser Paarung ein Ende machte, führte eine gewisse Annäherung des Zentrums an die Konservativen auch in Preußen herbei. Die Sehnsucht, das Uebergewicht dieser rückständigen Gruppen im Landtage möglichst dauernd zu beseitigen, wurde zum Leitmotiv der neuen Wahlrechtsvorlage der preussischen Regierung, deren Ministerpräsident sich lediglich als ausführendes Organ dieser starken Mächte der Reaktion betrachtete. Der neue Wahlrechtsentwurf ist ein Hohn selbst auf die bescheidensten Erwartungen des preussischen Volkes geworden. Er hat einen wahren Sturm der Entrüstung nicht nur bei der Arbeiterklasse, sondern bis weit in die Reihen der bürgerlichen Kreise hervorgerufen. Niemand ist davon befreit, — allenthalben regt sich dort der Unwille ob dieses frivolen Spiels mit der öffentlichen Meinung, das um so gefährlicher wirkt, als dadurch die Zuverlässigkeit königlicher Verheißungen in die denkbar übelste Beleuchtung gestellt — Treu und Glauben zur Monarchie geradezu untergraben werden.

Der Arbeiterklasse hat dieser Entwurf keine schwere Enttäuschung bereitet. Sie mußte angesichts der Haltung ihrer Gegner seit langem mit deren Mangel an gutem Willen zu einer wirklichen Reform rechnen. Die Arbeiter Preußens haben sich auch keineswegs auf die Verheißung der Thronrede von 1908 verlassen, sondern unermüdet ihre Agitation fortgesetzt. Ihr Vertrauen zur Regierung war keiner Erschütterung fähig. Wohl aber darf sie dieser Regierung dankbar sein für eine Vorlage, die besser als alles Bisherige die Unsinnigkeit des Dreiklassenwahlrechts und die Gemeingefährlichkeit des Junkerregiments in Preußen zum Bewußtsein weiterer Volkskreise bringt. Sie hat der Wahlrechtsbewegung neue Impulse gegeben, sie treibt die rückständigen Wählermassen und die noch größeren Massen der Nichtwähler in unsere Wahlrechtsversammlungen, — sie schafft den Boden für einen großen, das preussische Volk in seinen Tiefen erfassenden Wahlrechtskampf.

Mit Bewunderung gewahrt der Leser der bürgerlichen Presse, daß die Regierung an dem Dreiklassensystem festhalten will, das den politischen Einfluß nach dem Geldsack bemisst und den Minderbemittelten, den Besitzlosen, den von feiner Hände Arbeit lebenden Staatsbürger in die Klasse des überstimmten Böbels verweist. Er liest, daß auch die öffentliche Stimmung abgesehen davon bestehen soll, die den wirtschaftlich abhängigen Arbeiter, Kleingewerbetreibenden und Beamten hindert, seiner wahren Gesinnung Ausdruck zu geben. Und selbst die ungesegelte Wahlkreis-einteilung soll unverändert bleiben, die die Wählermassen der großen Städte und Industriebezirke gegenüber den Junkerwahlkreisen des flachen Landes entrechtet, indem sie letzteren ein drei- bis zehnfach größeres Wahlrecht gibt. Das nennt sich Wahlrechts-

reform, — das soll die „organische Fortentwicklung“ des Wahlrechts sein! Das ist ja eine Verhöhnung des Volkes, wie sie dritter kaum gedacht werden kann!

Ja, was wird denn eigentlich an diesem Wahlrecht „reformiert“? Und nun findet der Leser, daß ihm der neue Entwurf gestatten will, künftig dem Abgeordneten selbst anstatt erst einem Wahlmann seine Stimme zu geben (direkte Wahl); daß von den Allerreichsten nicht mehr die volle Steuerleistung, sondern letztere nur bis zu 5000 Mark angerechnet werden soll, wodurch einige Wohlhabende zu „erstklassigen“ Staatsbürgern werden, und daß, um das hierdurch entstandene Manko der zweiten Wählerklasse auszugleichen, ein System „gehobener Wähler“ erfunden wird, — Wähler, die würdig sind, der untersten Klasse entrichtet und in die herrschenden Klassen eingereiht zu werden.

Es ist von Interesse, sich dieses System der „gehobenen Wähler“ näher anzusehen. Nach dem Entwurf sollen Akademiker, jetzige oder frühere Abgeordnete des Reichs- oder Landtags, Ehrenbeamte von staatlichen, provinziellen oder kommunalen Verwaltungen und Reserveoffiziere in die nächsthöhere Wählerklasse und Gemeinde- oder Magistratsratsvorsteher, Einjährig-Freiwilligenberechtigte und Militärärzte der dritten in die zweite Wählerklasse eingereiht werden. Das sind die festen Stützen des Staates, denen die Regierung das Vertrauen schenkt, daß sie in öffentlicher Abstimmung nur für die Ordnungsandidaten stimmen werden. Sie dürfen gemeinsam mit den Erstklassigen der preussischen Nation die dritte Wählerklasse niederstimmen.

Aber nicht unterschiedslos bringt die Regierung ihnen dies Vertrauen entgegen, und diese Unterschiede zeigen den Grad der Wertschätzung für das gehobene Stimmmaterial. Der Reserveleutnant ist die festeste Säule der Ordnung; er wird schon nach zehnjähriger Heeres- oder Marinezugehörigkeit, also schon im Alter von 28 Jahren, der höheren Wählerklasse zugeteilt. Der Militärärzte braucht nach seiner Militärzeit nur noch eine fünfjährige Frist des Wohlverhaltens zurückzulegen, dann hat auch er, etwa im 34. bis 35. Jahre, das Ziel erreicht. Der Herr Einjährig-Freiwillige schafft's nach 15jährigem Besitz des Einjährig-Freiwilligenzeugnisses, also etwa im 30. Jahre. Der Mann mit der abgeschlossenen wissenschaftlichen Bildung muß zehn Jahre im Besitz seines Prüfungszeugnisses sein, ehe er in die Gemeinschaft der „Gehobenen“ aufrückt; mit 33 Jahren kann er's geschafft haben, wenn er nicht unglücklicherweise Medizin studierte, die eine längere Hochschulbildung erfordert. Der Reserveoffizier, der ehemalige Unteroffizier oder Feldwebel, diese edelsten Früchte des heutigen Militärsystems, sie sind ihm vorausgegangen. Aber er darf froh sein, im Glanze solcher neuer „Klassengenossen“ sich zu sonnen. Welches Unrecht hätte die Wissenschaft auch sonst, sich neben dem Militärberuf zu stellen. Der Zivildienstverpflichtete ist berechtigt zur halben Wartefrist gegenüber dem akademischen Doktorgrad. Damit ist der richtige Abstand festgelegt. Die politische Intelligenz im Musterstaate Preußen reist ungleich rascher auf den Exerzierplätzen und Kasernenhöfen als auf den Hochschulen einer staatlich abgeschlossenen Bildung. Man nimmt indes die Wissenschaft mit in den Kreis der „Gehobenen“, damit sie nicht gänzlich die Fühlung mit den staatsbehaltenden Mächten verliert. Die Vermisste! Sie ist ja ohnehin genau so abhängig wie das große Heer der „Zivilversorgten“, die öffentlich keinen anderen als einen Regierungsandidaten wählen dürfen.

Aber wo bleibt denn der „Mittelstand“, wo bleiben die großen Massen der Handwerker, der Klein- und Hausgewerbetreibenden, der Kleinbauern und Privatbeamten, wo bleiben die Lehrer, die Angestellten von Reich, Staat und Gemeinden, die Angestellten im Handel, alle die, die der Sozialdemokratie gegenüber als das beste Fundament des Gegenwartsstaates gerühmt werden? Sie sollen auch ferner zur

dritten Wählerklasse, zur Klasse des misera plebs gehören, die von den Erstklassigen noch stets überstimmt worden ist. Sie haben nichts und sind nichts. Die militärische oder akademische Karriere blieb ihnen verschlossen, weil's nicht langte — sie leben nur von ihrer Hände Arbeit, — das ist die schlechteste Empfehlung für einen preussischen Staatsbürger. Sie mögen ein Leben voll harter Arbeit hinter sich haben, mögen auch sonst in ihrem bürgerlichen Beruf ganz tüchtige Männer, sogar nützliche und notwendige Glieder der Gesellschaft sein, — das alles wiegt die politische Intelligenz eines preussischen Leutnants oder Unteroffiziers nicht auf.

Muß den bürgerlichen Wählermassen nicht die brennende Schamröte ins Gesicht steigen, wenn wir ihnen diese Wertschätzung seitens einer wohlwollenden Regierung vor Augen führen? Wer könnte noch zweifeln an der agitatorischen Kraft eines Wahlrechtsentwurfs, der die Entrüstung über den erfolglosen Steuerfeldzug, wenn sie ja schon in Vergessenheit geraten könnte, auffrischt und sogar überbietet durch die dreifache Verhöhnung aller Minderbemittelten? Aus jedem Paragraphen dieses Nachwerks schaut die Verachtung des Junkertums für alles, was aufwärts strebt, heraus, — und wir sollten angesichts dieses Regierungsentwurfs um wirksame Aktionsweisen verlegen sein?

Die Arbeiterbewegung begrüßt den Entwurf, der das wahre Gesicht der preussischen Regierung kündigt. Sie wird ihn auf das sorgfältigste studieren, wird ihn sich in ihre Agitationsmappen heften und damit hinausziehen in Stadt und Land! Was könnte sie auch anderes tun? Ihr Einfluß im Abgeordnetenhaus ist dank diesem Klassenwahlrecht ein so schwacher, daß der parlamentarische Kampf auch bei größter Anstrengung und geschicktester Strategie keinen Erfolg verheißt. So bleibt ihr nur der Kampf von unten herauf, der Appell an die Millionen von Wählern, die dieses Wahlrecht seither jedes wirksamen Einflusses auf die Landesgesetzgebung beraubte. Aber dieser Appell an die Millionen wird nicht ungehört verhallen, dafür bürgt uns die Wahlrechtsvorlage selbst, wie auch der rühmlichst bekannte Eifer unserer Genossen. Was wäre seither in der preussischen Wahlrechtsbewegung erreicht, wo wäre das Eintreten des Bürgertums, wo die Zusage der Thronrede geblieben — ohne diese zähe, unaufhaltbare Agitation der Arbeiterklasse! Auch diesmal werden die Arbeiter die Führer des Wahlrechtskampfes sein, — sie werden das Volk selbst aufrufen und dafür sorgen, daß die Antwort des Volkes auch gehört und richtig verstanden wird!

So ergeht denn an jeden, der in den Reihen der Arbeiterbewegung steht, der Ruf, seine volle Kraft für die nächste Zeit in den Dienst des großen Wahlrechtskampfes zu stellen. In diesen Tagen, wo auf Jahrzehnte die großen Lebensfragen der Nation entschieden werden, darf keiner zurückbleiben — von jedem wird erwartet, daß er an seinem Platze seine volle Schuldigkeit tue. In Werkstatt und auf dem Werkplatz, im Schacht und in den Kontoren muß das aufklärerische Wort gesprochen, durch Versammlung, durch Flugblatt und Presse müssen die Wählermillionen von den schmachtenden Tendenzen des Wahlrechtsentwurfs unterrichtet, muß die Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen zur Parole des Wahlrechtskampfes erhoben werden. Die Regierung selbst fordert das Volk heraus, — sie will die Klassen-scheidung, den Klassenkampf! Die Klasse der Entrechteten, der Unterdrückten wird ihr das Wort ihrer Klassenpolitik vor die Füße werfen!

Zur Situation im 6. Bezirk.

Nachdem das Verlagsmuster in allen unseren Orten mit insgesamt 89,07 Prozent, die Schiedsprüche ebenfalls mit Ausnahme eines Ortes mit 87 Prozent der Stimmen angenommen worden waren, gab man sich in

allen Orten der Hoffnung hin, daß der endgültige Abschluß der Verträge möglichst bald bewerkstelligt werden könne.

Nur allzu drastisch zeigte sich aber die Berechtigung der in bezug auf die Neueinführung eines Tarifvertrags unsererseits in Berlin gewendeten Gesichtspunkte. In einzelnen Orten, wo der Arbeitgeberverband über genügend disziplinierte Mitglieder verfügt, ging es mit der Durchführung der Lohnerhöhung leidlich ab, aber die Mehrheit kümmert sich bis heute noch nicht im geringsten um die aus dem neuen Vertrag erwachsenden Pflichten.

So gewinnt es nach der in den Kreisen der Lacherevollegen in den letzten Wochen einsetzenden lebhaften Bewegung den Anschein, als ob in den dem „S. d. M. i. M.“ völlig fernstehenden Fabrikbetrieben die Kollegen früher in den vollen Genuß der sich aus dem Reichstarif ergebenden Lohnerhöhungen gelangen werden, als in den Malerbetrieben des „S. d. M. i. M.“, in welchen nur ausnahmsweise etwas von dem „Abschluß des großen Werkes“ bekannt zu sein scheint.

Der Verlauf der Versammlungen, die sich mit dem Vertragsmuster zu beschäftigen hatten, war ein durchaus ruhiger und der Besuch — 45 Prozent der Mitglieder — angesichts der späten Zeit ebenfalls zufriedenstellend; die Versammlungen waren zum Teil erheblich besser besucht als diejenigen der Sommermonate. Anders war es allerdings in den weiteren Versammlungen, welche sich mit den Schiedssprüchen zu beschäftigen hatten. Durch die äußerst kurz bemessene Frist litt die Vorbereitung der Versammlungen ganz erheblich; es war infolge dieses Umstandes auch nicht möglich, die Zahlstellen besonders zu besuchen; daraus erklärt sich in erster Linie der schwächere, auf 35 Prozent der Mitglieder zurückgegangene Besuch dieser zweiten Versammlungen, wobei besonders Mannheim-Ludwigshafen versagt hat.

In den der letzten Abstimmung vorausgegangenen Beratungen fehlte es nicht an scharfen Kritikern, welche die Lohnerhöhung im Hinblick auf die durch das neue Vertragsmuster bedingten Veränderungen und der sich permanent verschärfenden Forderung als unzureichend erklärten; trotzdem war die Mehrheit der Mitglieder von der Einsicht durchdrungen, daß auch eine andere Form des Kampfes bei der sonstigen Ungunst der Verhältnisse kein Resultat gebracht hätte, das die zu bringenden Opfer auch nur einigermaßen aufgewogen hätte. Eine Ausnahme bildete nur Pforzheim, wo mit Zweidrittelmehrheit, 28 gegen 14 Stimmen, die Schiedssprüche abgelehnt wurden. Auch dort dürfte man inzwischen das Zutreffende des vorhergehenden Satzes eingesehen haben. In Mannheim-Ludwigshafen erfolgte einstimmige Annahme des Vertragsmusters, ein Vorgang, der in erster Linie der im § 11 vorgesehenen partiellen Arbeitsvermittlung und der durch diese Bestimmungen bedingten Beseitigung des „Industriellenachweises“ zuzuschreiben ist.

Wie die Meister aber bald an jedem Ort für die einzelnen Paragraphen eine andere Kommentierung sich

zurecht gemacht haben, so auch hier. Bei den am Orte geführten Verhandlungen erklärte der Herr Vorsitzende, Arbeitgebervertreter, daß sie nicht in der Lage seien, von diesem (einseitig geführten und öffentlich schwer angegriffenen) Unternachweis zurücktreten zu können. Die übrigen Vertreter der Meister gaben zwar zu, daß eine vertragliche Bindung an diesen Nachweis für sie nicht vorliege; es blieb aber bei der obigen Erklärung, sodaß die Verhandlungen abgebrochen werden mußten.

Das Bestreben unsererseits, in dieser Frage dem Tarif und seinem Wortlaut Anerkennung zu verschaffen, versuchten einzelne Arbeitgeber als einen „Gewaltstreik“ darzustellen! Eine Verpflichtung zur Aufgabe dieses Nachweises bestehe für sie nicht. Es ergeben sich an jedem Orte wieder andere Schwierigkeiten, sei es, daß man den Ausgleichspennung nicht anerkennen will, oder sich bei Regelung der Arbeitszeiten und bei der Ermittlung der Grundlöhne nicht einigen kann. Auch bei einer kommissionsweisen Vorberatung der „Leistung“ konnte eine Einigung nicht erzielt werden und wird eine etwas andere Behandlung der noch offenen Punkte erst zu erhoffen sein, wenn durch die Belebung des Geschäftsganges etwas mehr Druck dahinter kommt.

Unsre Kollegen haben allerorts erkannt, daß noch eine Menge Arbeit zu bewältigen ist, um in den vollen Genuß der uns zustehenden Rechte zu gelangen; eifrig und einmütiges Zusammenarbeiten ist daher vor allen Dingen notwendig, um unsere Rechte allenhalben zu sichern. Das wird insbesondere auch in den Grenzorten notwendig sein, wo man über die Bodenseufer herüber von unverständiger und unverantwortlicher Stelle aus sich bemüht, unserer Bewegung Prügel zwischen die Beine zu werfen.

Zur Durchführung des Reichstarifs.

Aus Hannover wird berichtet: In der Sitzung des Tarifausschusses vom 25. Januar leugneten die Mitglieder der Meister es ab, was sie bei der Verhandlung im Jahre 1908 mündlich erklärt hatten, daß im § 6, Abs. 6 die inneren Stadtkreise damit zu verstehen sind, als wir eine andere Fassung (außerhalb der inneren Stadtkreise) der betr. Bestimmung verlangten. Die Arbeitgeber haben sich dadurch des Vorwurfs schuldig gemacht, der Ausgleichspennung ist demnach Streitobjekt geworden, worüber das Gauritarifamt zu entscheiden hat. In der „Allgem. Arbeiterztg.“ (offiziellem Organ des Arbeitgeberverbandes für den diesseitigen Gau) erklärt der Vorstand des hannoverschen Arbeitgeberverbandes eine Bekanntmachung über die Regelung der Winterarbeitszeit, Lohnzuschläge usw., die einseitig angesetzt ist und den Schiedssprüchen, sowie dem Reichstarif widerspricht, da alle drücklichen Bestimmungen durch das Ortsstarifamt zu regeln sind.

Die Arbeitszeit wird in der Bekanntmachung vom 1. Oktober bis 15. November und 1. März bis 31. März auf 7 1/2 Stunden und vom 16. November bis 28. Februar auf 6 Stunden festgelegt. Ferner wird in bezug auf die Lohnzulage folgendes bekanntgegeben:

Der ab 17. Januar zu zahlende Stundenlohn ist für sämtliche Gehilfen, die länger als ein Jahr die Lehre beendet haben, um 2 Pf. höher als früher. Im 1. Jahre nach der Lehrzeit regelt sich der Lohn nach der freien Vereinbarung und ist dem Ortsstarifamt mitzuteilen. Diese Auslegung widerspricht direkt dem Schiedsspruch, wonach auf alle gezahlten Stundenlöhne 2 Pf. aufzuliegen sind. Die freie Vereinbarung ist nur für solche Gehilfen im 1. Gesellenjahre zulässig, die absolut minderleistungsfähig sind. Damit diese Bestimmung nicht durch illoyale Arbeitgeber zur Schmutzkonzurrenz ausgenutzt wird, muß jede derartige Vereinbarung dem Ortsstarifamt mitgeteilt werden, damit auch solche Fälle untersucht werden können.

Folgt diese einseitige Auslegung ist Protest eingelegt. Wir fordern unsere Mitglieder von Hannover-Linden auf, sich unter keinen Umständen auf diese Auslegung einzulassen, da diese Bekanntmachung für uns unverbindlich ist. Jede Nichterhaltung ist sofort dem Bureau zu melden.

Ein Arbeitertrutzgesetz.

Das Gesetz über die Errichtung von Arbeitskammern, das in der vorigen Session nicht mehr zur Verhandlung gelangt ist, stand nunmehr im Reichstage zur Beratung. Der erste Redner, ein Zentrumsmann, bedauerte, daß sich die Regierung um die in der Kommissionsberatung geäußerten Wünsche nicht gekümmert habe. Die Kommission wünschte eine Ständevertretung der kaufmännischen und technischen Angestellten. Ferner wollte die Kommission eine Beschwerde gegen den Ausschluß der Öffentlichkeit der Verhandlungen zulassen. Ferner wünschte die Kommission, daß die Errichtung der Arbeitskammern vom Bundesrat beschlossen wird, nicht von der Landeszentralbehörde. In keinem dieser Punkte ist den Wünschen der Kommission Rechnung getragen. Die Kommission wollte das aktive Wahlrecht mit dem 21. das passive mit dem 25. Lebensjahre versehen, der Entwurf setzt das Alter wieder auf das 25. resp. 30. Lebensjahr herauf. Der Forderung, daß Arbeitersekretäre wählbar sind, hat die Regierung schon in der Kommission einen starken Widerspruch entgegengesetzt. Die Arbeiter müssen um so mehr auf der Wählbarkeit der Arbeitersekretäre bestehen, als auch die Unternehmer in der Lage sind, ihre Betriebsleiter in die Arbeitskammern hineinzubringen. Wenn die Arbeitersekretäre von den Arbeitskammern ausgeschlossen werden, so können diese auch gar nicht ihren Zweck erreichen, den Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen; das beweist ja gerade die Machtlosigkeit der Arbeitskammern in Frankreich, Belgien und Holland, wo die Arbeitersekretäre in den Arbeitskammern nicht zugelassen sind. Der eigentliche Widerstand gegen die Zulassung der Arbeitersekretäre geht vom Zentralverband der Industriellen aus; dieser Widerstand kann aber für uns nicht maßgebend sein.

Der Abgeordnete Dr. Naumann liest eine scharfe Kritik an dem von der Reichsregierung eingebrachten Entwurf: „Ob im allgemeinen die Arbeitskammern großen Einfluß auf die Entwicklung der Tarifverträge gewinnen werden, steht dahin und muß sich erst in der Praxis zeigen. Die wirklich wirksamen Tarifverträge sind bisher die gewesen, die von den beteiligten Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen ohne Dazwischenkunft dritter abgeschlossen worden sind. Von Wichtigkeit werden können aber die Arbeitskammern für den Abschluß von Tarifverträgen in Berlin, in denen es an kräftigen Organisationen mangelt, also namentlich in der Heimindustrie. Die Frage ist um so dringlicher, als das Hausarbeitsgesetz den Heimarbeitern eigentlich wenig Positives bietet. Gerade die Arbeitskammern dürften

England und englische Verhältnisse.

Reise-Plaudereien von A. d. T. h.

VII.

Schottische Stadt- und Landschaftsbilder.

Da ist Inverness, die Hauptstadt des schottischen Hochlands, an der Einmündung des kalifornischen Kanals in die Nordsee gelegen, eine alte Stadt mit über 20 000 Bewohnern, das „rosenrote“ Inverness, wie es im Volksmunde genannt wird. Der rötliche Granit, aus dem die meisten Häuser erbaut sind, rechtfertigt den Namen und gibt dem Stadtbild einen angenehmen warmen Hauch. Drüber über dem Fluß erhebt sich ein bewaldeter Hügel, der als Kirchhof dient. Wenn daran gelegen ist, daß er vom Grabe aus einen hübschen Rundblick genießt, mag sich dort bestatten lassen. Platz genug ist da. Kirchen und Kapellen mag es mehr als zwei Duzend geben. Wenn hier nicht alle in den Himmel kommen, sind sie selbst schuld dran.

Und überall anmutige Blumengärten! Abgesehen von der inneren Stadt, ist hier wie in fast allen englischen Städten das Cottage-System (spr.: Kottisch) durchgeföhrt. Jedes Haus wird nur von einer Familie bewohnt. Häufig sind allerdings zwei ganz gleiche Häuser mit den inneren Giebelwänden aneinander gebaut, sodaß sie zusammen ein Haus zu bilden scheinen; doch hat jedes seinen besonderen Eingang. „My house is my castle“ (mein Haus ist meine Burg) kann der Engländer mit Recht von sich sagen. Nur in ganz wenigen, gesetzlich genau festgelegten Fällen darf selbst die Polizei nur das Haus betreten. Der untere Stock enthält neben dem Fluß nach vorn nur noch ein Zimmer, meist mit vorspringendem Erker, nach hinten zwei Räume. Der obere Stock mit einer Mansarde ist ähnlich geordnet. So ist eins wie das andere gebaut, im Norden wie im Süden des Landes; selten sieht man auf kleine Abweichungen. Metzlasernen, wie in deutschen oder österreichischen Fabriksstädten, sind in England fast nirgends zu finden. Auch der Arbeiter bewohnt, namentlich in den Landstädten, sein eigenes Häuschen, für das er wöchentlich, je nach der Lage und dem Orte, vier bis acht Schilling Miete zahlt. Ist ein Garten dabei, so erbt sich die Miete. Auch in den äußeren Stadtteilen von London, Liverpool, Manchester, Glasgow, Birmingham und wie die Industriezentren alle heißen, dehnen sich Kilometerlang die Straßen hin, in denen die cottages sich in endloser Einförmigkeit aneinanderreihen. In Inverness wirken die cottages nicht so einträchtig, weil sie meist von blühendem Gerant um-

wuchert sind und inmitten sorgfältig gepflegter Gärten sich erheben.

Auffällig zahlreich sind in Schottland die Temperance-Hotels, in denen eigentlich keine alkoholischen Getränke verabreicht werden. Doch nimmt man's nicht so genau damit. Als wir am Fuße des Ben Nevis, des höchsten Berges (1350 Meter) von Großbritannien, in einem Temperance-Hotel übernachteten, führte auf der rechten Seite des Flurs eine Tür direkt in ein Bar. Es wurde auch nicht übel bemerkt, wenn man sich ein Glas schottischen Whisky in den Smoking-Room (Rauchzimmer) des „Temperance“-Hotels bringen ließ. Es sind eben temperierte Temperenzler.

Der kalifornische Kanal bildet eine 160 Kilometer lange Wasserstraße quer durch Schottland vom Atlantischen Ozean zur Nordsee. Mit Hilfe einiger Schleusen und Felsstengungen sind langgestreckte schmale Seen, von denen sich einer an den andern schließt, mit einander verbunden worden, sodaß die Dampfboote von Inverness bis Oban, an der Einmündung der Wasserstraße in den Atlantischen Ozean gelegen, fahren können. Das ist eine ganz wundervolle Tour. Die elf bis zwölf Stunden Fahrzeit verstreichen schnell. Bald bilden sanftgewellte Hügel die Ufer; bald rücken trostige Felswände, senkrecht ins Wasser abfallend, nahe aneinander. Bald weidet sich das Auge am fatten Grün der Wiesen, der Buchen-, Erlen- oder Fichtenwälder; bald rücken sich kahle Bergriesen in gewaltiger Höhe empor. Aus den Dörfern am Ufer ragen die Mauerreste verfallener Burgen hervor; oder einsam und verlassen träumt die Ruine eines zerstörten Castles auf verlorener Insel von der alten Zeit, in der gepanzerte Ritter durch die Gemächer schritten, die Burghfrau das lose Gelübde zur Rucht ernahte und wilde Landsknechte im Burghofe die Kanne kreisen ließen oder den Würfelbecher schwenkten. Sibt man am frühen Abend unter der uralten Eiche eines solchen Schloßhofes, so erzählt sie einem gar vieles, auch manches, was nicht für zarte Ohren bestimmt ist; denn die alten Ketten waren hart und die Rippe saßen nicht fest auf den Schultern.

Schändlich ruiniert sind die Falls of Foyers. Noch im vorigen Jahrhundert stürzte sich der Foyersfluß in voller Breite fünfzig Meter herunter in eine enge Felschlucht, durch die er sich schraubend und donnernd die Bahn brach. Es soll ein überwältigender Anblick gewesen sein, und Kilometerweit hörte man das Brausen der stürzenden Fluten. Jetzt rieselt nur noch dünne Strahlen über die ausgewaschenen Felsblöcke; Spähen

und Bachstelzen machen sich lustig über den „Wasserfall“ und amüsieren sich in der Haupttrinne. Woher die Veränderung? Ist der Fluß ausgetrocknet, seine Quelle versiegt? O nein! Aber da hat sich unten am See, zwanzig Minuten von den Fällen, eine Aluminiumfabrik hingeseht, und ihr ist gestattet worden, die mächtige Wasserader hinter den Fällen, die die schönsten des ganzen britischen Reiches gewesen sind, abzuleiten, um billige Aluminium zu gewinnen. Genau weiß ich's nicht mehr, aber unter zwölf Silben lang ist sicherlich der Fluß nicht gewesen, der sich mir durch die Zähne preßte, als ich die Verhinderung eines ausgesucht schönen Landschaftsbildes durch das raffigierge Kapital betrachtete. Ich dachte an die Trollhättanfälle im südlichen Schweden, die gleichfalls durch Fabrikanlagen ihres natürlichen Reizes völlig beraubt worden sind. Die Bestie Kapitalismus mordet nicht nur Regionen von Menschen, sie versänkert auch ganze Gegenden und frißt in ihrer Unerfährlichkeit noch ganze Stücke aus der Natur heraus. Das Best, das zehnmal verdammte!

VIII.

Oban und die Fingalshöhle.

Oban ist mit seinen 6000 Einwohnern ein kleiner Nest. Sein Liebesleben ist Gegenstand zahlloser bildlicher Darstellungen auf Ansichtskarten. Es ist gar manche seltige darunter. Die Stadt, die sich lockt an einen Berggründen lehnt, bildet eigentlich ein einziges großes Hotel. Sie lebt auch fast ausschließlich von den Fremden. Der weite Hafen bietet großen Seeschiffen sicheren Ankergrund, und alle Matrosen freuen sich, wenn sie nach Oban kommen können. Die Geschäfte haben einen geradezu großstädtischen Zuschnitt, und abends herrscht auf den Straßen und Plätzen ein Treiben, als ob die Stadt das Hundertfache ihrer wirklichen Einwohnerzahl umfaßt hielt.

Hier ein Straßenbild: Da steht auf dem Blake am Strand ein Kaspertheater, ganz wie wir es in Deutschland gewöhnt sind. Der Mann macht seine Sache gut. Und wenn Kasperle unter derben Späßen mit seinem Holzschwert dem überlisteten Teufel den Kopf abtschneidet, lachen die Kleinen und die Großen, die in dichter Runde die Bude umlagern, genau so herzlich wie bei uns. Aber wenn dann die Frau mit der Blöße herumgeht, fallen die Halb- und Viertel pennystücke (4 bzw. 2 Pf.) genau so spärlich hinein wie bei uns — fünfzig Schritte davon erbt auf dem freien Blake ein kleines, fragbares Harmonium. Zwei Frauen, eine alte, eine junge, aber beide häßlich, be-

geeignet sein, auf die Lohnfrage in der Heimindustrie Einfluss zu nehmen. Ein weiterer Grund, weshalb wir erneute Kommissionsberatung wünschen, ist die Frage der Technik, Werkmeister usw. Auch diese Frage ist von außerordentlicher Bedeutung. Die Koalitionsfreiheit der Techniker ist in der Praxis vielfach beschränkt als die der Arbeiter. Wir sind ferner grundsätzlich für die Öffentlichkeit der Verhandlungen. Die Arbeitskammer soll in der Lage sein, für gewisse Verhandlungen die Öffentlichkeit auszuschließen, grundsätzlich aber muß sie zugelassen sein, schon damit die Arbeiter ihren eigenen Kollegen gegenüber gedeckt sind. Für die Zweckmäßigkeit der Verhandlungen wäre es sehr förderlich, auf die Mitarbeit der Arbeitersekretäre nicht zu verzichten. Die Arbeiter können leicht entlassen werden, wenn sie einmal etwas Unbequemes sagen; ist das mehrfach geschehen, wer soll sich dann noch da hinsetzen, außer vielleicht ein allergetreuestes Mitglied einer gelben Gewerkschaft. Man fürchtet von der Zulassung der Arbeitersekretäre für den Frieden. Sind denn die deutschen Arbeitersekretäre nicht friedliebend? Wie würde es heute im deutschen Bergbau ausfallen, wenn wir nicht die Arbeitersekretäre mit der Disziplin und Organisation der Arbeiter hätten! Man sagt, die Arbeitersekretäre seien keine Arbeiter; aber sie sind heute ein Bestandteil der Arbeiterschaft, und ich kann nicht verstehen, warum die Regierung nicht dem Gedanken des Syndikats der Arbeitsverkäufer nachgeben will, während sie doch dem Gedanken des Syndikats der Kaufverkäufer und anderer Verkäufer sehr gern nachgibt." Diese letzte Bemerkung bezog sich darauf, daß die Regierung, wie sich beim Skat-Syndikatsgesetz gezeigt hat, den Zusammenschluß der Unternehmer durch gesetzliche Maßregeln zu fördern sucht, während sie dem Zusammenschluß der Arbeiter alle möglichen Schwierigkeiten macht.

Der Staatssekretär Dr. Delbrück meinte, daß durch die Teilnahme der Arbeitersekretäre an den Arbeitskammern die Neutralität der Verhandlungen in Gefahr komme, da die Angestellten der Arbeiter an ein bestimmtes Programm gebunden seien. Das ist natürlich eine leere Klatsche, die bei den Scharfmachern lauten Beifall fand, was den christlich-sozialen Abgeordneten Behrens, der selbst Arbeitersekretär ist, zu der Bemerkung veranlaßte, daß der Einfluß des Scharfmacherverbandes übermächtig sei bei Nationalliberalen, Freikonservativen und Deutschkonservativen. Es geht den Vertretern der christlichen, nationalen und reichstreuen Arbeiter jedesmal ein Stich durchs Herz, wenn sie sehen müssen, daß die nationalen Parteien alles das unterstützen, was zum Nachteil der Arbeiter dient, und daß sie alles bekämpfen, was den Arbeitern nützen kann. Und doch werden die den Klassenkampfgedanken verworfenen Arbeiterführer noch immer nicht von ihrem Irrwahn geheilt, daß man die Scharfmacher durch schöne Redensarten bekehren könne.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Legien bemerkte einleitend seiner Rede, daß es ihm scheine, als ob der Staatssekretär sich dem Zentralverbande der Industriellen gegenüber verantworten wolle und nicht dem Reichstage gegenüber: „Von diesem Gesichtspunkte aus müssen alle Einwendungen der Regierung betrachtet werden. Denn wir zu irgend einer Frage die Stellung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, so kennen wir auch die Stellung der verbündeten Regierungen. Es ist doch ein starkes Stück, gegenüber dem vorjährigen Entwurfe des Bundesrats und gegenüber den Beschlüssen der Kommission diesen Entwurf einzubringen, der die Beschlüsse der Kommission unberücksichtigt läßt und gegenüber dem früheren Entwurf noch Verschlechterungen bringt. Die ganze Vorlage ist darauf zugeschnitten, dem Unternehmertum zu nützen. Wie gewöhnlich, hinkt die Gesetzgebung hinter den tatsächlichen Verhältnissen nach. Wäre die Regierung 1877, als die Sozialdemokratie zuerst Gewerbe-

tammern anregte, mit einem solchen Gesetze gekommen, so hätte es der Arbeiterschaft nützen können und ihr in den verflochtenen drei Jahrzehnten manche Unterdrückung ersparen können. Heute liegen die Verhältnisse anders. In diesen dreißig Jahren hat sich die Arbeiterschaft gegen den Willen der Regierung und der Gesetze selbst eine Vertretung geschaffen in ihren gewerkschaftlichen Organisationen. Heute können wir auf diese gesetzliche Vertretung verzichten und werden es unter allen Umständen tun, wenn die Vorlage auf die Interessen des Unternehmertums zugeschnitten ist. Es scheint, als ob unsere Minister darauf ausgingen, den Nachweis zu liefern für die Nichtigkeit des Wortes des Herrn v. Büttcher, daß die Regierung und ihre Angestellten nur im Dienste des Unternehmertums arbeiten. Bei einer ganzen Reihe von Fragen hat der Herr Staatssekretär den Beweis geliefert, daß ihm die Interessen der Unternehmer am Herzen liegen, nicht die der Arbeiter; und sein Kollege, der preussische Minister für Handel und Gewerbe, Herr Sydow, hat im vorigen Jahre sogar die Erlaubnis gemacht, daß die Arbeitgeberverbände keine Kampforganisationen seien. In einem Erlaß des früheren Handelsministers Möller vom Jahre 1903 waren sie als Kampforganisationen bezeichnet und den Zimmungen war der Beitritt verboten, sowie die Beitragszahlung. Der gegenwärtige Handelsminister entdeckte schon nach drei Monaten, in seinem Erlaß vom 27. Oktober v. J., daß sie sich ausgestellt haben zu solchen Organisationen, die in gemeinsamer Arbeit mit den Arbeitern dem Frieden dienen wollen. Und das sagt er angesichts des Arbeitsnachweises der Bechen im Ruhrrevier, angesichts der Ausperrungen der Unternehmerverbände im Baugewerbe, die in allernächster Zeit wieder 150 000 bis 200 000 Arbeiter ausperrern wollen, angesichts der Drohung der Unternehmer in der Holzindustrie mit der Ausperrung. Vielleicht erklärt der Herr Staatssekretär, dieser Erlaß bedeute keine Bevorzugung der Unternehmer. Vielleicht bewegt er dann seinen Kollegen, den preussischen Minister für Handel und Gewerbe, zu einem ähnlichen Erlaß, in dem es heißt, daß die Gewerkschaften nicht Kampfverbände seien, sondern Schutzverbände der Arbeiter gegen übermäßige Ausbeutung der Arbeitskraft. Aber darauf werden wir wohl lange zu warten haben. Wenn die Stellung der Arbeitgeberverbände gegenüber den Gewerkschaften eine andere geworden ist, so verdanken wir das lediglich der Tatsache, daß die gewerkschaftlichen Organisationen sich so weit entwickelt haben, daß die Unternehmerverbände sich ihren Anforderungen nicht mehr widersetzen können. Als 1890 das Sozialistengesetz fiel, erklärten die Unternehmer und ihre Organisationen sofort: jetzt müssen wir uns selbst helfen — übrigens ein charakteristischer Beweis, welchem Zweck das Gesetz dienen sollte. Es war ein Schulgesetz für das Unternehmertum. Als es fiel, gingen die Unternehmer mit Maßregelungen gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vor. Aber alle Maßregelungen und schwarzen Listen trieben die Arbeiter nur immer mehr in die Organisation hinein. Und diesen Unternehmerverbänden stellen sich die Regierungen zur Verfügung, das zeigt die Vorlage sehr deutlich. Im § 2 heißt es, daß die Arbeitskammern den gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer dienen sollen, sowie den besonderen Interessen der Arbeitnehmer unter gleichmäßiger Berücksichtigung der Arbeitgeberinteressen. Diese letzten Worte fehlten in der früheren Vorlage. Dem konnte man allenfalls zustimmen, die Regierung konnte der Meinung sein, daß die Unternehmer bereits in den Handelskammern, Gewerbekammern, Landwirtschaftskammern, Berufsvereinigungen eine besondere Vertretung haben, und daß deshalb bei diesen neuen paritätischen Einrichtungen die Interessen der Arbeiterschaft in den Vordergrund zu stellen sind. Daß im § 3 die Arbeitskammern beim Abschluß von Tarifverträgen mitwirken sollen, ist als kleine

Verbesserung anzuerkennen, die jedoch so unwesentlich ist, daß sie bei der ganzen Sache nicht besonders ins Gewicht fällt. Weiter waren nach der früheren Vorlage von dem Gesetze ausgenommen die Gewerbegehilfen in den Apotheken. Der letzte Entwurf verschlechtert das dahin, daß sämtliche Handlungsgelhilfen ausgenommen bleiben. Entgegen der ersten Vorlage sind auch die Betriebsbeamten, die Werkmeister und Techniker ausgenommen. Der Staatssekretär verhielt sich für diese Gruppen für später ein besonderes Gesetz. Aber solche Versprechungen sind uns schon oft gemacht worden, und ich möchte den technischen Beamten nicht raten, sich darauf zu verlassen. Wer garantiert uns denn, ob im nächsten Jahre der dann amtierende Staatssekretär sich an dieses Versprechen des Staatssekretärs Dr. Delbrück gebunden erachtet? Mir scheint es notwendig, daß mindestens auch diese Arbeiter in das Gesetz aufgenommen werden, denn Arbeiter sind sie, wie ja alle diejenigen Arbeiter sind, welche ihre Arbeitskräfte in den Dienst dessen stellen müssen, der das Kapital besitzt. Darum liegt es im Interesse der technischen Beamten, wenn man ihren Interessen schon Rechnung tragen will, daß dies schon jetzt geschieht, durch Einrichtung besonderer Kammern im Rahmen des vorliegenden Entwurfes.

Ueber die Bestimmung, daß nicht der Bundesrat, sondern die Landeszentralbehörden die Errichtung von Arbeitskammern zu verfügen haben, geht der Staatssekretär leicht hinweg. Er tröstet uns mit seiner Oberaufsicht über die Ausführung des Gesetzes. Er sei nicht der Mann darnach, Gesetze nicht in dem Sinne auszuführen, in welchem sie beschlossen sind. Das sagte auch Herr Westmann-Hollweg beim Reichsvereinsgesetz. Es ist schon besser, wir verlassen uns bei allem guten Glauben an die subjektive Glaubwürdigkeit des Staatssekretärs nicht auf eine solche milddliche Aussage, sondern schreiben in das Gesetz hinein, daß der Bundesrat die Errichtung von Arbeitskammern zu verfügen hat.

Ebenfalls gibt die Regierung nicht nach in der Frage des Wahlalters. Der Staatssekretär gibt zu, daß auf Wunsch der Arbeitgeber die Herabsetzung des Wahlalters abgelehnt werde. Wohl aber sollen — wenigstens lautet der Wortlaut der Vorlage so — auch die Arbeiter unter 25 Jahre zu den Kassen der Kammern hinzugezogen werden. Man gibt also Pflichten und verweigert Rechte! Und nun zur Frage der Arbeitersekretäre! Der Staatssekretär unterstrich hier ganz besonders das Unannehmliche. Er beschwor den Reichstag, das Gesetz nicht an dieser Frage scheitern zu lassen. Nun: seit der berühmten Reichsfinanzreform hat das „Unannehmliche“ der Reichsregierung einen sehr eigentümlichen Beigeschmack. Wir sind der Meinung, daß der Reichstag beschließt, was ihm gut scheint, und die Verantwortung für das etwaige Scheitern der Vorlage dann ruhig den verbündeten Regierungen überläßt.

Man hat gegen die Zulassung von Arbeitersekretären eingewendet, daß sie die Angestellten großer Parteiorganisationen seien. Es ist aber ein Unrecht, wenn man einem andern etwas versagt, was man für sich selbst als sein gutes Recht in Anspruch nimmt. Die Landwirtschaftskammern haben das Recht, nicht nur ihre Beamten der landwirtschaftlichen Organisationen zu wählen, sondern auch solche Personen, denen die Kammer das Recht der Wählbarkeit beilegt. Wie kommen Sie dazu, der Arbeiterschaft ein gleiches Recht zu verweigern? Die Handwerkskammern dürfen sich bis zu einem Fünftel der Mitglieder durch Auswahl von sachverständigen Personen ergänzen. Die Handelskammer kann Personen, welche die Stellung, aus der ihre Wählbarkeit hervorgeht, aufgegeben haben, noch über die gesetzlich festgesetzte Anzahl der Personen hinzuwählen. Und da beurteilt die nun den Berechtigten der konservativen Partei, die den Arbeitern das Recht vorenthalten will, die Angestellten ihrer Organisationen zu wählen. Wer so wenig Gerechtigkeit zum Ausdruck bringt, hat überhaupt kein Recht, darüber zu reden, was den Arbeitern dient und was nicht. Wieder einen anderen Grund führte Herr Horn an. Er sagte, es dürften in die Arbeitskammern nicht Personen hinein, deren Aufgabe es ist, die wirtschaftlichen Kämpfe mit den schärfsten Mitteln durchzuführen. Die Arbeiter denken anders über ihre Angestellten, ausnahmslos machen sie den Angestellten den Vorwurf, daß sie nicht zu radikal sind, daß sie stets erst in Verhandlungen eintreten, ehe ein Streik ausbricht. Auch die Unternehmer urteilen anders als Herr Horn. Vielfach verlangen sie ausdrücklich, daß zu den Verhandlungen bei Streitigkeiten mit ihren Arbeitern Beamte zugezogen werden, und zuweilen treten sie gar nicht in die Verhandlungen ein, ehe nicht der Gewerkschaftsbeamte zur Stelle ist. Sie sehen also, Herr Horn, daß die Auffassung der im praktischen Leben stehenden Männer eine ganz andere ist als die Ihrige.

Wenn Sie nach dem Vorschlage des Staatssekretärs die Arbeitersekretäre herauslassen, so wird das angeblich den Interessen der Arbeiter dienende Gesetz nichts anderes sein, als ein Gesetz zur Wahrnehmung der Interessen der Unternehmer, das in seinen einzelnen Bestimmungen ausgearbeitet ist nach den Angaben des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Ich weiß nicht, ob der Reichstag sich dessen schuldig machen wird. Wenn das Gesetz an dieser Bestimmung scheitern soll, so sage ich, ehe man ein Gesetz schafft, daß die Arbeitskammer in den Dienst des Unternehmertums stellt, soll man das Gesetz lieber fallen lassen.

Im § 13 heißt es, daß wählbar ist, wer seit mindestens einem Jahr im Hauptberuf denjenigen Gewerbe-zweigen als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer angehört, für welche die Arbeitskammer errichtet ist. Die zwei Worte „im Hauptberuf“ sind neu eingefügt. Was sollen sie sagen? Ich fürchte, daß sie möglicherweise, falls die Zulassung der Arbeitersekretäre durch den Reichstag doch in den Entwurf hineinkommt, benutzt werden sollen, um die Arbeitersekretäre trotzdem auszuschließen. Ja, gegenüber solchen Gesetzentwürfen, die aus dem Bureau des Zentralverbandes der deutschen Industriellen kommen, ist Vorsicht geboten, und ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß man sagt, der Hauptberuf eines Arbeitersekretärs ist der, sozialdemokratische Agitator zu sein.

Der Entwurf wurde einer Kommission zur Beratung überwiesen. Wir müssen abwarten, was dabei herauskommt wird. Sobiel aber steht schon heute fest: Die deutsche Klassenbewusste Arbeiterschaft verzichtet auf ein Gesetz von Unternehmern Gnaden, da sie den Willen hat, sich mit Hilfe ihrer eigenen starken Organisationen selbst ihr Recht zu erkämpfen.

gleiten den Choral, der auf dem Harmonium heruntergeleitet wird, auf ihren Geigen. Fünfzehn Männer stehen ringsum und singen aus Gesangbüchern den Choral nach. Wachtel hat besser gesungen, Caruso auch. Endlich verstummt das miltönige Geplär. Nun tritt einer der Sänger in die Mitte des Kreises und predigt über die Sündhaftigkeit der Welt, über die Gnade des Himmels, über die Freude, die den Engeln jeder Büßfertige bereitet. „Bedenkt, daß ihr schon morgen sterben könnt. Wo wollt ihr dann hin? Wer wird euch den Weg zeigen? Glaubt ihr etwa, das Himmelstor öffnet sich dem Sünder? Ihr werdet schlotten und betteln; die Zähne werden euch klappern; aber denkt nur ja nicht, daß euch das was hilft.“ Was der Redner, seinem Aussehen nach ein Hafnarbeiter, den geduldigen Zuhörern noch weiter für Schrecknisse in die sündigen Seelen geklopft hat, weiß ich nicht; denn eben erklang aus dem mächtigen Schalltrichter eines Grammophons, das keine 30 Schritte seitwärts aufgestellt worden war, das heimliche: „Im Grunewald ist Holzauktion.“ Der Aufprediger strengte zwar seine Stimme noch mehr an, doch das Grammophon besaß von beiden die kräftigere Lunge, und als die Auktion im Grunewald beendet war, folgten das Lied von der Pflaume und andere deutsche Gassenhauer. Hätte der fromme Esoter den Text der Lieder gekannt, er wäre insande gewesen, eine Boreret mit dem Grammophonbesitzer zu beginnen, der recht vergnügt schmunzelte, weil die deutschen Gassenhauer, gemessen an der Zahl der gespendeten Kupfermünzen, gefallen mochten. — Ziemlich am Rande des Platzes kündeten ausdrückliche Bauplanschläge an, daß dort die Heilarmee einige Seelen zu haschen suchte. Auch hier predigte einer über die Sünde, die Strafe und die Milde zum Gnadenhorn. — Da wird keine Versammlung angemeldet; keine Postzeit bestimmt sich darum, wer spricht und worüber er spricht. Diese Freiheit ist in ganz England. Schon oben in der Welt hatte abends zu gleicher Zeit auf der einen Seite des Strandplatzes ein recht volkstümlich und geschickt redender Genosse aus Aberdeen von einer Kiste herab die aufhorchenden Fischer und Seeleute mit den Zielen der Sozialdemokratie vertraut gemacht, während auf der andern Seite eine Schar von Leuten nach dem unvermeidlichen Liebesgesang einer frommen Rede ihre Aufmerksamkeit schenkte.

Alle öffentlichen Schaustätten müssen in England, je nachdem das Ortsstatut vorschreibt, abends um 10, 11, 12, in London 1/2 geschlossen werden. Ein Nachtessen auf der Straße, wie in Paris oder in den größeren deutschen Städten, kennt man darum in England

nicht, auch in London nicht, wo nach 1/2 Uhr nachts nur die Klubhäuser an ihre Mitglieder noch Spirituosen verabreichen dürfen. Während aber von den Bars, Restaurants und Destillationen der Badenklub streng eingehalten werden muß, können andere Geschäftsläden beliebig lange geöffnet bleiben. Noch um Mitternacht findet man Zeitungs-, Bäder- und Zigarrenläden offen.

Dann folgte einer der Hauptpunkte der Reise, der Besuch der Insel Staffa mit ihrer Fingalshöhle. Draußen im Atlantischen Ozean, nur wenige Meilen von der wild zerrissenen Steilküste Nordschottlands entfernt und mit dem Dampfschiff von Oban in sechs Stunden zu erreichen, erhebt sich die kleine Insel Staffa mit wenig über zwei Kilometer Umfang. Der Dampfer hält auf offener See; Ruderboote bringen die Besucher auf die Insel. Mitten aus härtestem Granit heraus springen hier riesige Basaltfäulen, zum Teil merkwürdig gebogen. An einer Stelle öffnet sich das Felseninnere. Eine achtzig Meter tief eindringende schichtartige Höhle, mehr als 20 Meter hoch, gestattet den Meeresswellen freien Zutritt. Wenn nun Vater Ozean zornig ist und seine Wasser mit Macht an die Felsklüfte schleudert, dann erzeugen die eindringenden Fluten, wenn sie von der Felswand im Hintergrunde der Höhle gebrochen werden, ein Donnern und Krachen, ein Knattern, Poltern und Dröhnen, daß man glaubt, das letzte Stündlein der Mutter Erde habe unfehlbar geschlagen. Auch wenn, wie bei unserem Besuche, die Nachmittagssonne goldig durch das Mesentor am Eingange lächelt und ihre Strahlen über die Wellen zittern, bis sie von der Macht des Hintergrunds verschlungen werden, macht das Gedröhn und Geströhn einen unbeschreiblichen Eindruck. Dazu das gespenstige Schwarz des Wassers im Hintergrunde der Höhle, das wie flüssiger Basalt schwer und dick zurückgeworfen wird und nach vorn zu über dunkelstes Blau und violett in leichtes Grün übergeht — nie wieder vergißt sich der Eindruck der Fingalshöhle. Ihren Namen hat sie nach Fingal, einem sagenhaften schottischen Sänger, der wie der griechische Orpheus durch die Gewalt seines Gesanges die Berge erzittern machen konnte. Man merkte nach Verlassen der Höhle nicht die Unbequemlichkeit des Schreitens über die glatt abgebrochenen und schlüpfrigen Basaltklümpfe, — einen gebahnten Weg gab es überhaupt nicht — sondern noch lange stand vor dem Auge das unvergleichlich gewaltige Bild, das die Fingalshöhle tief eingegrät hatte.

Tabellarische Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben sämtlicher Filialen für das 4. Quartal 1909.

Table with columns for Filialnamen, Einnahmen (Einnahmen vom letzten Quartal, Beiträge, Eintrittsgelder, Duplikate, etc.), and Ausgaben (Ausgaben vom letzten Quartal, etc.). Rows list various locations like Aachen, Alenburg, Alschaffenburg, etc.

Main financial table with columns for names of branches, contributions, and various expenses. Includes a 'Summa' row at the bottom.

Abrechnung von der Hauptkasse über das 4. Quartal 1909.

Einnahme.

Table listing income items such as 'Beiträge', 'Eintrittsgelder', 'Duplikate', etc., with corresponding amounts.

Ausgabe.

Table listing expense items such as 'Agitation und Konferenzen', 'An die Agitationskommissionen', etc., with corresponding amounts.

Streichunterstützung

Table listing various support and administrative expenses like 'Krankunterstützung', 'Reisenunterstützung', 'Streichunterstützung', etc.

Bilanz.

Summary table for the balance sheet showing 'Einnahme' and 'Ausgabe'.

Abrechnung über den „Vereins-Anzeiger“ vom 4. Quartal 1909.

Einnahme:

Table listing income for the 'Vereins-Anzeiger' including 'Von der Hauptkasse', 'Annoncen', 'Beilagen', 'Abonnement'.

Ausgabe:

Table listing expenses for the 'Vereins-Anzeiger' including 'Druck, Satz und Papier', 'Expedition', 'Mitarbeiter', 'Gehälter', 'Versicherung', 'Abonnement auf Zeitungen'.

Summa 12 217.10

Summa 12 217.10

H. Wenzler, Kassierer.

Revidiert und für richtig befunden

Hamburg, 13. Februar 1910.

H. Töbler, Vorsitzender. J. Seifrich, Sekretär.

J. S. Wulle, Wilh. Lassen, Revisoren.

Aus unserem Verufe.

Text discussing the dangers of benzene use and the need for safety measures in industrial settings.

Text discussing the dangers of benzene use, mentioning its use in various industries and the health risks it poses.

Text discussing the dangers of benzene use, focusing on its use in the textile industry and the resulting health issues.

die Gefahren bei der Verwendung dünnflüssigen Teers zum Anstreichen von Dampfesseln hinzuweisen. Es scheint aber bisher nicht genügend beachtet zu sein, daß auch sonst, jetzt viel mehr als früher, Benzol und leichte Teeröle ohne die besonderen, bei diesen Stoffen nötigen Vorsichtsmaßnahmen verwendet werden, und daß hierdurch augenscheinlich eine Zunahme der gewerblichen Vergiftungen durch stohlenwasserstoffe herbeigeführt ist.

Nur unvollkommen können die Gewerbeaufsichtsbeamten dieser Gefahr entgegenzutreten. Es wurde versucht, die Fabrikanten von Schiffsfarben zu veranlassen, daß sie die Behälter der schnelltrocknenden, benzolhaltigen Farben mit einer vor dem Gebrauch der Farbe in Innenräumen warnenden Aufschrift versehen möchten; jedoch machten die hiesigen Firmen mit Recht geltend, daß sie dann für ihre Produkte Absatzschwierigkeiten gegenüber der übrigen deutschen und besonders der ausländischen Konkurrenz zu gewärtigen hätten. Ebensovienig kann ein allgemeines Verbot der Verwendung von schnelltrocknenden Farben und Anstrichmitteln im Innern von engen Räumen und Behältern ausgesprochen werden, da sich namentlich bei der oft in kurzer Zeit zu beendenden Ausbesserung von Schiffen der zum Rostschutz dienende Anstrich der Kettenkasten, Doppelböden, Wägen, des Maschinenraumes und des Vorder- und Hinterbiefs mit den schnelltrocknenden Farben nicht vermeiden läßt. Auch die Verwendung von Rauchschmelzen durch die Maler bei Ausfärbung dieser Arbeiten scheint in den engen Räumen kaum durchführbar. Den Gefahren würde daher wahrscheinlich nur durch ein allgemeines Verbot der Verwendung von Benzol und leicht flüchtigen Steinkohlenteerölen bei der Herstellung der schnelltrocknenden Farben und Anstrichmittel vorgebeugt werden können. Ein solches Verbot könnte, soweit ersichtlich, durchgeführt werden, weil in dem sogenannten Schwarz ein billiger und noch genügend flüchtiger Ersatzstoff zur Verfügung steht.

Unter den obwaltenden Umständen konnte daher vorläufig nichts weiteres veranlaßt werden, als daß die Farbenfabriken, Schiffswerften, chemischen Reinigungsanstalten und Gummifabriken auf die mit der Verwendung von Benzol verbundenen Gefahren durch persönliche Mithilfe eingehend hingewiesen wurden. Für die Gewerbeunternehmer ist es allerdings nicht leicht, die erforderliche Vorsicht zu beobachten, weil vielen von ihnen die chemische und physiologische Verschiedenheit der Petroleum- und Teerölenwasserstoffe unbekannt ist, und weil überdies in der Benennung eine bedauerliche Unklarheit herrscht; die zahlreichen Namen der niedrig siedenden Petroleumdestillate werden oft auch für die flüchtigen Bestandteile des Steinkohlenteers angewandt, und für das Rohbenzol ist sogar vielfach die Benennung „Benzin“ handelsüblich.

In dem Bericht finden wir bestätigt, worauf unsere Kollegen schon so oft aufmerksam gemacht haben; trotzdem sind seitens der Reichsregierung im Interesse der Gesundheit der Arbeiter noch keine Schritte eingeleitet worden. (Siehe auch die Ausführungen: Gesundheitsgefährliche Farben in unserm Kalender 1909, Seite 58.)

Jahresbericht der Filiale Chemnik für 1909.

Wenn wir zu Beginn des neuen Jahres noch einmal einen Rückblick auf das verfllossene Jahr werfen, so aus dem Grunde, um den Mitgliedern einen kurzgefaßten Bericht über alle wichtigeren Vorgänge zu geben.

Das Jahr 1909 war für die Mitglieder kein besonders glückliches; wenn auch die Arbeitsgelegenheit gegenüber dem Vorjahre eine etwas bessere war, so war aber trotzdem die Wahrnehmung zu machen, daß selbst in der besten Jahreszeit, wo eigentlich keine Arbeitslosen vorhanden sein sollten, immer noch arbeitslose Kollegen zu verzeichnen waren. Verminderte Arbeitsgelegenheit und demzufolge geringere Einnahme auf der einen Seite und auf der andern wieder erhöhte Ausgaben für alle zum Leben notwendigen Bedarfsartikel infolge der famosen Wockpostit des Reichstags, das war die Signatur des Tages für unsere Kollegen.

Hoffentlich ist nun die Krise bald überwunden, damit es wieder mehr Arbeitsgelegenheit für unsere Mitglieder gibt.

Die Mitgliederbewegung gestaltete sich wie folgt: Mitglieder am 1. Januar 1909 735, eingetreten im Laufe des Jahres 334, zugereist aus anderen Filialen 86, vom Militär zurück 13, übergetreten 2 = 435; insgesamt 1170 Mitglieder. Davon abgereist 249; gestrichen, ausgetreten, zum Militär 125 = 374; mithin Bestand am 31. Dezember 1909 796 Mitglieder. Das ist ein Mehr an Mitgliedern gegenüber dem Vorjahr von 61 Kollegen. Der Mitgliederbestand in den einzelnen Quartalen war im 1. Qu. 720, im 2. Qu. 842, im 3. Qu. 862 und im 4. Qu. 796 Mitglieder. Es ist dies eine eigentümliche Erscheinung, die jedes Jahr hervortritt, denn die Zahl der abreisenden Kollegen überwiegt die der zugereisten beträchtlich; sind es doch diesmal 163 Kollegen mehr, die abgereist sind. Die 334 Aufnahmen verteilen sich auf die einzelnen Quartale folgendermaßen: 1. Qu. 40, 2. Qu. 152, 3. Qu. 109 und 4. Qu. 33.

Die Einnahmen betragen inklusive eines Kassenbestandes von 1704.44 Mk. 20 046.76 Mk., ein Mehr gegenüber dem Vorjahre von 264.11 Mk. Die Ausgaben betragen 17 031.21 Mk., das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 2953 Mark. Der Kassenbestand der Filiale belief sich am Jahresabschluss auf 3015.55 Mk.

Am Beitragsmarkt wurden insgesamt 37 137 Stück verkauft, das sind 4424 Stück mehr als das Jahr vorher. Die Zahl der vollbezahlten Mitglieder, nach 52 Wochenbeiträgen berechnet, stieg von 629 auf 714.

Die größeren Ausgaben sind hervorzuheben: Der Hauptkasse überwiegen 9304.08 Mk., Krankenunterstützung 1691.80 Mk., Sterbegeld 325 Mk., Reiseunterstützung 106.92 Mk., Agitation 292.83 Mk., Drucksachen 161 Mk., Büreanmiete, Telefon usw. 392.93 Mk., Bibliothek 100 Mk., Gewerkschaftsartikel 293.76 Mk., Einfassung der Beiträge 1007.79 Mk., ein Geldschrank 232.28 Mk., Porto und Schreibmaterialien 466.57 Mk. 153 Kollegen waren zusammen 2553 Tage krank. An Unterstützungen wurden überhaupt 2265.92 Mark ausbezahlt. Mitgliedsbücher wurden 203 an die Hauptkasse zum Umtausch eingekauft. Die schriftliche Stornoposition belief sich auf 1199 Eingänge und 3218 Ausgänge.

Im Arbeitsnachweis ließen sich 741 Kollegen einschreiben (im Vorjahr 517); offene Stellen wurden gemeldet 451 (329), die durchgängig fast alle besetzt wurden. Wir möchten nicht unterlassen, auch hier darauf hinzuweisen, daß die Mitglieder es als Ehrenpflicht betrachten müssen, sich sofort bei Arbeitslosigkeit im Nachweis einschreiben zu lassen, damit das sogenannte Umschauen immer mehr verschwindet, dann werden auch noch mehr als bisher offene Stellen gemeldet werden.

Nachdem seit Bestehen der Organisation (1892) infolge des sächsischen Vereinsgesetzes das Vertrauensmännersystem in hiesiger Filiale bestanden hat, beschloß am 23. Januar eine Mitgliederversammlung (durch Zutrittreden des Reichsvereinsgesetzes vom 15. Mai 1908) mit dem bisherigen System zu brechen und eine Filiale zu gründen.

Es haben 34 Vorstands- und Revisionsmitglieder, 13 Mitglieder, 7 Bezirks- und 3 Werkstattversammlungen stattgefunden, außerdem 4 erweiterte Sitzungen und 1 Hausagitation; zusammen 62 Veranstaltungen.

Auf die Gefelligkeit zu pflegen, fand am 20. Juni ein Ausflug, am 8. August ein äußerst gelungenes Sommerfest und am 22. September unser alljährliches Herbstvergüngen statt.

Zu der am 14. März in Dresden abgehaltenen Landeskonferenz wurden drei Kollegen delegiert. In der sächsischen Bauarbeiterschulkonferenz nahmen gleichfalls zwei Kollegen teil; dieselbe fand am 12. April in Dresden statt.

In der am 27. April abgehaltenen Versammlung wurde der Wochenbeitrag von 50 auf 60 Pfg. erhöht. Der von einzelnen Kollegen bei Beratung dieses Beitrages befürchtete Mitgliederrückgang ist erfreulicherweise nicht eingetreten, denn die Kollegen sind in der richtigen Erkenntnis, daß zur eventuellen Kriegsführung auch Geld gehört und darum der Organisation treu geblieben; wir wollen hoffen, daß es immer so bleiben möge.

Auch im Berichtsjahre konnte es die Firma M. Leonhardt nicht unterlassen, nicht in allen Fällen den Tarif einzuhalten; mußte doch erst die Schlichtungskommission angerufen werden, um Herrn L. zu veranlassen, den Kollegen die nach Dittersdorf tariflich vorgesehene Auslösung zu bezahlen. Die Firma Hugo Richter glaubte gleichfalls in einem uns bekannt gewordenen Fall den Tariflohn nicht bezahlen zu müssen. Bei Max Walther, Bernsdorferstraße, arbeiteten immer noch einige Leute, die sogenannte Müstkolonne, von früh 6 bis 7 Uhr abends; als wir dagegen protestierten, wurde uns erklärt, Walther habe ein Gerüstverleihsinstitut und das solle nicht unter unsern Tarif, übrigens könnten wir ja bloß froh sein, daß die Leute früher anfangen, denn dadurch brauchen die Anstreicher nicht auf die Gerüstbauer zu warten. Eine eigentümliche Begründung, um den Tarif durchbrechen zu können. Auf unsere Frage, was denn die Leute machen, wenn es nichts zu rüsten gäbe, wurde uns gesagt, ja, dann arbeiten sie wieder im Malergeschäft als — Anstreicher. So könnten wir noch eine Anzahl Fälle anführen, wo erst durch unser Vorstellwerden dem Tarif Geltung verschafft wurde. Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß unterm 19. Juni uns ein Schreiben vom Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes zugeht, worin die Kündigung des Tarifs bereits für den 31. Dezember 1909 auf Anweisung des 4. Gauses und auf Beschluß des Vorstandes des hiesigen Arbeitgeberverbandes erfolgte.

Da unser 1907 nach einer sechsmonatigen Absperrung abgeschlossene Tarif bis 1. April 1910 Gültigkeit hat, protestierten wir in einem Schreiben an den Arbeitgeberverband und verlangten Einhaltung des Tarifs bis 1. April 1910. Darauf wurde uns mitgeteilt, daß der Tarif nur aus Irrtum gekündigt worden sei. Was für ein Geschrei würde man erhoben haben, wenn unsererseits der Tarif auf Anweisung und aus Irrtum jemals gekündigt worden wäre.

Um die Agitation unter den Fabrik- und Werkstattlackerern etwas zu beleben, wurde am 17. Juli eine Lackierersektion gegründet. Es will aber trotzdem mit der Organisation der Lackierer nicht recht vorwärts

gehen; es mag teils mit daran liegen, daß die Lackierer in dem Glauben sich befinden, eine gesicherte Lebensstellung zu haben, sobald sie in einer größeren Fabrik arbeiten, andernteils fehlt es aber auch an der tatkräftigen Unterstützung der organisierten Lackierer, wenn von unserer Seite Agitation betrieben wird. Einzelne können nichts schaffen, es muß da jeder organisierte Lackierer mit Hand anlegen, dann wird auch hier Wandel geschaffen werden können. Daß noch genug Missetaten in der Lackerei vorhanden sind, braucht eigentlich nicht erst betont zu werden; nur auf eins ist hinzuweisen: Die Bundesratsverordnung vom 27. Juni 1905 dürfte in der Mehrzahl der Betriebe nicht im entferntesten eingehalten werden. Die Gewerbeinspektion mußte hier von uns in Anspruch genommen werden. Wie es aber mit der Einhaltung der Bundesratsvorschriften bei den Lackierern liegt, so liegt es auch bei den im Bau beruf beschaffigten Kollegen im allgemeinen und wird mit Zutrittreden des Reichstags (am 1. April 1910) noch mancher Meister sich auf die Bundesratsverordnung besinnen müssen.

Die zu Chemnitz gehörenden elf Zahlstellen wurden insgesamt 4mal besucht, um teils durch Hausagitation neue Mitglieder zu gewinnen, andererseits aber die Kollegen durch Vorträge in den Versammlungen aufzuklären.

Da die Mehrzahl der Zahlstellen im Winter noch einen 20 Pfg.-Beitrag erhebt, traten wir im Herbst in eine Bewegung ein, um überall den einheitlichen 25 Pfg.-Beitrag einzuführen. Die Kollegen haben auch in allen Fällen den Beschluß gefaßt, 25 Pfg. zu bezahlen. Nur in Annaberg, wo man gleichfalls 25 Pfg. beschlossen hat, stieß man den Beschluß in der nächsten Versammlung wieder um, so daß Annaberg die einzige Zahlstelle ist, wo noch ein Winterbeitrag von 20 Pfg. erhoben wird. Aber auf die Dauer werden sich auch die Annaberg-Buchholzer Kollegen dem nicht verschließen können, daß es unbedingt notwendig ist, den 25 Pfg.-Winterbeitrag zu bezahlen. Den Annaberg-Buchholzer Kollegen möchten wir noch ganz besonders empfehlen, Mann für Mann agitatorisch tätig zu sein, denn hier befindet sich noch eine große Anzahl unorganisierter Kollegen. Unbedingt muß hier durch eine unablässige und planmäßige Agitation versucht werden, sie für uns zu gewinnen. In Sothenstein haben wir durch intensive Agitation wieder eine ganz stattliche Zahl von Mitgliedern gewonnen.

Im allgemeinen hat sich in den Zahlstellen nichts geändert, weder bezüglich der Mitgliederzahl, noch im Arbeits- oder Lohnverhältnis, so daß das im Bericht vom vorigen Jahre gesagte noch im großen und ganzen zutrifft.

Das wäre in kurzen Strichen das, was sich im letzten Jahre hier und in den Zahlstellen zugegetragen hat. Wir wollen aber nicht verschließen, unsre Mitglieder auch an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß es noch immer einen Teil unorganisierte Kollegen gibt. Wenn sich nun jeder Kollege seiner Pflicht bewußt ist und die Verwaltung tatkräftig unterstützt, werden auch die noch vorhandenen unorganisierten Kollegen auf ein Minimum zusammenzuschmelzen und wir werden mit Zubehört dem kommenden entgegengehen dürfen, denn niemand kann im voraus mit Bestimmtheit sagen, was für Kämpfe uns noch beschieden sind. Es ist daher der Wunsch an unsre Mitglieder gerichtet: Unterstützt die Verwaltung in allen Angelegenheiten, dann werden wir uns gemeinsam des Erfolges freuen können, eingedenk der Worte:

Ohne Fleiß, kein Preis!

Chemnik. Oskar Weiß.

Dresden. Am 10. Februar fand im Gewerkschaftshaus eine Versammlung statt, die von ungefähr 400 Kollegen besucht war. Der Filialleiter Kollege Adam gab den Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband zwecks Einführung des Reichstags und führte dazu folgendes aus: Am 29. Januar forderte der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Herr Dehnecke, den Filialleiter zu einer Besprechung in dieser Angelegenheit auf. Bei derselben erklärte Herr Dehnecke, daß vom Vorsitzenden des Gauarbeitsamtes der Bescheid ergangen sei, daß der Reichstags für Dresden am 17. Januar in Kraft getreten und die Lohndifferenz vom angegebenen Datum nachzuschaffen ist. Auf den Einwand des Kollegen Adam, daß der jetzige Tarif erst mit dem 1. April 1910 abläuft, erklärte Herr Dehnecke, nicht eingehen zu können, würde aber beim Hauptvorstand des Arbeitgeberverbandes darüber anfragen. Darauf erhielt die Tariff Kommission eine Einladung zur Besprechung über die jetzige Situation und eventuellen Stellungnahme zur Einführung des Reichstags. In der am 9. Februar stattgefundenen Sitzung wurde der Tariff Kommission mitgeteilt, daß die Bestimmung der Zutrittreden des Reichstags vom 17. Januar ab auf falschen Informationen beruht und irrtümlich erfolgt ist. Es wurde daher dieser Punkt als erledigt betrachtet. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen wurden, um die nun zu beratenden ortstarrischen Bestimmungen zu einer gedeihlichen Entwicklung zu bringen, folgende Vorschläge von uns gemacht. Es soll in der Woche vom 28. Februar bis 5. März unter der Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden und Schriftführers mit den Beratungen begonnen und am Tage abgehalten werden. Des weiteren wurde die zur Geltung kommende Geschäftsordnung vorgeschlagen; außerdem wurde verlangt, daß der fertiggestellte Reichstags bezw. die Ergänzungen zu demselben gedruckt werden und daß der Text für beide Parteien gleichmäßig sein muß. Alle diese angeführten Vorschläge wurden als berechtigt von den beiderseitigen Tariffkommissionsmitgliedern anerkannt. Herr Dehnecke gab die Versicherung ab, die nötigen Schritte zur Ausführung der Vorschläge zu unternehmen. Leider haben einzelne Kollegen unqualifizierte Wortwörter gegen die alte Tariffkommission und die Filialleitung erhoben, die sich durch nichts rechtfertigen lassen. Das Gebaren dieser Mitglieder ist derartig verbandsgeschädlich, daß es unmöglich ist, genauere Details an dieser Stelle darüber zu bringen. Infolge der Quertreiberei dieser Ausschüßmitglieder regte Kollege Adam an, an Stelle der Tariffkommission jene Schlichter einmal zur tätigen Arbeit vorzuschlagen und zu wählen. (Wir würden allgemein empfehlen, wo sich solche quertreibende Elemente bemerkbar machen, sie zur praktischen leistenden Arbeit unbedingt heranzuziehen, damit sie selbst einmal zeigen, was sie zu tun imstande sind. D. Red.) Da die Versammelten auf diesen Vorschlag nicht eingingen und jene Kollegen sich nicht freiwillig dazu meldeben, so wurde der Antrag des Kollegen Sempel, die alte Tariffkommission in das Ortstarr-

Arbeitslosen-Statistik aus dem 6. Bezirk für die Monate November und Dezember 1909.

Table with columns for Filiale, Zahl der Mitglieder, Zahl der Befragten, Zahl der Arbeitslosen, Zahl der Tage wegen Arbeitslosigkeit, Zahl der Tage auf pro Kopf, Lohnverlust, and Lohnverlust pro Tag und Kopf. Rows include Mannheim-Subwischhafen, Straßburg, Karlsruhe, Stuttgart for November and December.

* Wegen ungenügender Beteiligung und zu wenigem Zahlenmaterial nicht zu veröffentlichen.

amt zu wählen" einstimmig angenommen. Kollege Adam teilte unter anderem noch mit, daß von jetzt ab mindestens alle 14 Tage eine Mitgliederversammlung stattfinden wird, um die Kollegen über die ordentlichen Verhandlungen auf dem laufenden zu erhalten, außerdem auch die mutmaßlichen Arten der Umgehungen des Reichstarfs der Arbeitgeber und Arbeitnehmer dabei zur Sprache zu bringen. Nachdem noch von allen Seiten betont wurde, daß eine regere Teilnahme über die Aufklärung der örtlichen Verhältnisse platzgreifen müsse, schloß Kollege Grab die Versammlung.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Der Kampf der Scharfmacher im Baugewerbe gegen die Statistik. Vom „Arbeitgeberbund für das Baugewerbe“ ist kürzlich ein Tabellenwerk herausgegeben worden, in dem Angaben über Bauarbeiterlöhne und Lebensmittelpreise eine Rolle spielen werden. Damit soll offenbar der Nachweis geführt werden, daß die Löhne im Vergleich zu den Preisen verschiedener Bedarfsartikel unverhältnismäßig stark gestiegen seien. In welcher tendenziöser Weise dabei den Tatsachen Gewalt angetan wird, soll folgendes Beispiel veranschaulichen.

Nach den Angaben der Unternehmer gestalteten sich die Löhne für Zimmerer im Zeitraum der letzten 10 Jahre in den benannten acht Städten wie folgt:

Lohngebiet	Lohn pro Stunde		Steigerung pro Stunde	
	1900	1910	1900	1910
Darmstadt	37 Pfg.	47 Pfg.	10 Pfg.	27
Frankfurt a. M.	42	55	13	30
Friedberg i. S.	35	43	8	23
Hanau a. M.	39	45	6	15
Höchst a. M.	42	49	7	17
Mainz	38	51	13	34
Offenbach a. M.	42	49	7	17
Wiesbaden	40	49	9	22½

Die Löhne für 1910 in dieser Tabelle stimmen, mit Ausnahme derer für Zimmerer in Wiesbaden. Wie aber sieht es mit den Angaben für 1900 aus und wie infolgedessen mit der herausgerechneten Steigerung?

Vor uns liegt Nr. 5 der „Zeitschrift des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe“ für das Jahr 1910, mit dem Protokoll über die Generalversammlung des betr. Verbandes. Nach diesem Protokoll hat ein Herr Beck aus Offenbach angeregt, einmal die im Jahre 1900 an die Maurer und Zimmerer gezahlten Löhne festzustellen. Das ist sofort geschehen. Es wurden alsbald nach den Angaben der betr. Herren Delegierten folgende Stundenlöhne an die Arbeiter festgesetzt. (Die nach diesen Angaben im Protokoll verzeichneten Löhne sind in nachstehender Tabelle eingesetzt und danach ist nun die Steigerung berechnet worden, wobei sich ein wesentlich anderes Endergebnis ergibt. Es handelt sich, wie gesagt, um Unternehmerangaben):

Lohngebiet	Lohn per Stunde in Pfennigen		Steigerung per Stunde in Pfg. in %		Zusatz berechnete Steigerung in %
	1900	1910	1900	1910	
Darmstadt	42	47	5	12	15
Frankfurt a. M.	48	55	7	14½	15½
Friedberg i. S.	38	43	5	13	10
Hanau a. M.	43	45	2	4½	11½
Höchst a. M.	45	49	4	9	8
Mainz	43	51	8	18	16
Offenbach a. M.	44	49	5	12	5
Wiesbaden	45	48	3	7	15½

Um dieser Gegenüberstellung wird einmal gezeigt, wie die Deffektivität irre geführt wird, um bei Lohnkämpfen Stimmung gegen die Arbeiter zu machen. Die Löhne für 1900 werden um einige Pfennige niedriger angegeben, als sie in Wirklichkeit sind, um eine recht kräftige Steigerung herausrechnen zu können. Der Arbeitgeberbund kann sich nicht einmal auf seine Unwissenheit berufen, da in Frankfurt und Offenbach seiner Zeit tarifliche Vereinbarungen mit seinen Mitgliedern bestanden, in denen die Löhne ausdrücklich festgesetzt waren. Zweifellos wird es gelingen, solche Manipulationen noch in anderen Zahlen dieser „Statistik“ nachzuweisen.

Krankenkasse und Arbeitsmarkt. Die Mitgliederziffern der Krankenkassen Groß-Berlins geben ein deutliches Abbild der Bewegungen des Arbeitsmarktes. Es waren in den Krankenkassen der Hauptstadt und der engeren Vororte Personen versichert:

Monat	1907	1908	1909
Anfang Januar	818 784	840 641	886 110
Februar	825 540	840 590	889 630
März	838 460	854 995	846 776
April	848 861	856 319	888 249
Mai	863 033	852 133	871 077
Juni	853 001	856 565	875 392
Juli	844 598	845 082	866 344
August	853 097	841 676	868 289
September	865 483	851 686	882 293
Oktober	869 880	864 780	885 908
November	875 275	874 677	914 847
Dezember	876 326	867 979	917 215

Die bereits im Jahre 1909 einsetzende aufsteigende Konjunktur ist aus diesen Zahlen deutlich erkennbar. Während im vorletzten Jahre von Januar bis Dezember die Zahl der in Beschäftigung stehenden Arbeiter sich nur um 27 338 hob, stieg sie diesmal um 81 105. Alle Monate des Jahres weisen ein ununterbrochenes Steigen der Mitgliederziffern auf. An der Vermehrung der Beschäftigten sind übrigens die weiblichen Arbeiter noch stärker beteiligt als die männlichen: ihre Zahl stieg von Dezember 1908 bis Dezember 1909 um 28 370, die der männlichen nur um 20 886.

Die „unpolitische“ Tätigkeit der Innungen wird durch einen Beschluß des Rates der Stadt Leipzig wieder einmal ganz besonders beleuchtet. Der Beschluß, der Ende Januar den Innungen zugestellt wurde, hat folgenden Inhalt: „Nach den Haushaltsplänen verschiedener Innungen werden der Mittelstandsvereinigung für das Abgrenzen Sachsen regelmäßig Beiträge aus Innungsmitteln zugeteilt. Die Verwendung von Innungsmitteln für die Mittelstandsvereinigung, die in der letzten Zeit ihre Tätigkeit auf politische Gebiete erstreckt hat, ist aber

gehehlich und statutarisch unstatthaft. So lange die Mittelstandsvereinigungen politisch tätig sind, haben daher die Innungen künftig zu unterlassen, Beiträge zur Mittelstandsvereinigung aus Innungsmitteln zu leisten.“ Daraufhin forderte die Mittelstandsvereinigung die Innungen auf, nach wie vor Beiträge zu zahlen, da sie keine politische Tätigkeit ausübe, vielmehr beschlossen habe, sich jeder parteipolitischen Betätigung streng fernzuhalten. Das Organ des Rates der Stadt Leipzig, das „Leipziger Tageblatt“, bemerkt dazu: Daß die Mittelstandsvereinigung bei den letzten Landtagswahlen in hervorragendem Maß agitiert hat und politisch tätig gewesen ist, kann niemand bestreiten. Beweis: die Mittelstandsvereinigung hat eigene Kandidaten aufgestellt und ein Wahlprogramm vorbereitet, das unter anderem auch zu sehr wichtigen, rein politischen Problemen Stellung nahm. Im November, d. h. nachdem man auch noch bei den Stichwahlen mitgemacht hatte, wurde dann vom Landesvorstande der Vereinigung der nach einer solchen Betätigung gewiß humoristisch anmutende Beschluß gefaßt, daß sich die Mittelstandsvereinigung „von jeder parteipolitischen Betätigung streng fernhalte.“

Ein abschließendes Urteil über die deutschen Arbeiter hat der Direktor der Leuchhammerwerke, Dr. Hallbauer, bei einer Unterredung in Amerika gefällt. Er hat besonders die Rückständigkeit des deutschen Arbeiters getadelt. Der amerikanische Arbeiter gebrauche bei seiner Arbeit den Verstand viel mehr als der deutsche. Dr. Hallbauer habe seine Arbeiter vergeblich zu bewegen versucht, sich zu bilden und in demselben Geiste zu arbeiten, wie ihre amerikanischen Kollegen, und etwas mehr Selbstständigkeit und Initiative zu zeigen. Der deutsche Arbeiter begnüge sich mit veraltetem Werkzeug. Er möge gar kein gutes modernes Werkzeug. Die Folge dieser Rückständigkeit sei, daß der deutsche Arbeiter in einem vollen Monat nur so viel leiste, wie sein amerikanischer Kollege in elf Tagen.

Gegen diese Belehrungen nahmen die Arbeiter des Werkes in einer großen Protestversammlung in Leuchhammer Stellung. Der Referent wies die Vorwürfe des Kommerzienrats gegen die deutsche Arbeiterschaft zurück. Es wurde konstatiert, daß gerade in der Leuchhammerwerke jede freie Meinung systematisch unterdrückt werde. Ein Demunzianten- und Schmarotzertum nach Mansfelder System herrsche, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. Bei besonderen Gelegenheiten, beispielsweise bei der Reichstagswahl im Jahre 1907, wurden die Arbeiter des Werks in einem Flugblatt, das auch die Unterschrift des Hallbauers schmückte, wegen ihrer Leistungsfähigkeit und Verdienste zur Hebung des Werkes ganz besonders gefeiert. Da waren es nicht die dummen, faulen, trägen Arbeiter. Gelegentlich des 25jährigen Jubiläums des Herrn gab es ebenfalls feierliche Erklärungen über die Leistungsfähigkeit und Verdienste der alten Veteranen des Werks. Die Versuche, die Arbeiter mit Entlassungen von der Ausübung ihres Koalitionsrechts abzubalten, das ist alles, was die Arbeiter von der „Erziehungsbearbeit“ des Direktors Dr. Hallbauer zu verspüren bekommen haben. Es sind Leute, die man als durchaus tüchtige und fleißige Arbeiter bezeichnet hat, lediglich deswegen entlassen worden, weil sie einem langjährigen Mitarbeiter die letzte Ehre erwiesen haben.

Der Bergarbeiterverband im Jahre 1909. Schon im Krisenjahre 1908 gehörte der Bergarbeiterverband zu den wenigen freien Verbänden, die keine Mitgliederbeiträge zu verzeichnen hatten. Für das abgelaufene Jahr 1909 ist nun erfreulicherweise schon zu konstatieren, daß der Verband rund 8000 Mitglieder gewonnen hat, die Mitgliederzahl dürfte somit etwa 120 000 betragen. Dabei ist der Bergbau nicht von der Krise verschont geblieben, die sich allerdings weniger in einer Verminderung der Gesamtförderung bemerkbar machte, als vielmehr in einem Sinken der Kohlenpreise und dadurch herbeigeführtem erheblichen Sinken der Bergarbeiterlöhne. Wurden doch allein in drei Quartalen des Jahres 1909 die Löhne um über 36 Mill. Mark gekürzt. Solche Lohnrückgänge sind der Entwicklung eines Verbandes nicht gerade förderlich, sie müssen aber auch besonders auf die Finanzgebarung des Verbandes ungünstig einwirken. Dennoch stiegen die Einnahmen um rund 50 000 Mark gegenüber dem Vorjahr; davon entfällt etwa die Hälfte auf Mehreinnahmen aus Beiträgen. Ueber eine Million, doppelt soviel als im Vorjahre, sind allein an Unterhaltungen gezahlt worden! Darunter rund 421 000 Mark für Streikunterstützung, 88 000 Mark für Gemäßigtenunterstützung und die hohe Summe von 92 000 Mark für Rechtsschutz, Prozeßkosten und Strafen. Für Krankenunterstützung wurden 318 000 Mark und für Arbeitslosenunterstützung 33 000 Mark verausgabt. Der Vermögensstand betrug zusätzlich eines Vermögenszuwachses von 800 000 Mark in der Hauptkasse rund 3¼ Mill. M.

Die Bergherren haben mit der Einführung ihres Zwangsarbeitsnachweises sichtlich wieder in der Agitation für den Bergarbeiterverband geholfen, sind doch im letzten Viertel des Berichtsjahres Tausende von Mitgliedern erst beigetreten. Auch von den Wirkungen des Mansfelder Streikes vernehmen wir die fröhliche Kunde, daß ein großer Prozentsatz der Mansfelder Belegschaft heute dem Verbands als Mitglieder angehören. Möge diese kräftige Entwicklung des Verbandes auch in diesem Jahre anhalten, um den von vielen Feinden umringelten Verband jederzeit kampfbereit zu halten.

Gerichtliches.

Eine nicht rechtzeitige Entschuldigung im Falle einer Krankheit ist kein Entlassungsgrund. Ein in einem gewerblichen Betriebe Berlin beschäftigtiger Arbeiter fehlte einen Tag, erschien aber am zweiten Tage mittags wieder zur Arbeit und gab an, daß er wegen Krankheit gefehlt habe. Er wurde darauf sofort entlassen, die Firma stützte sich bei diesem Vorgehen auf einen Passus in ihrer Arbeitsordnung, nach dem jeder Arbeiter sofort Anzeige zu machen habe, wenn er durch Krankheit oder einen anderen stichhaltigen Grund verhindert ist, zur Arbeit zu erscheinen. Darauf erhob der Arbeiter Klage beim Gewerbegericht, weil ihm die Firma auch noch einen Lohnrest zurückbehalten wollte, und die Firma erhob Widerklage auf Grund einer weiteren Bestimmung der Arbeitsordnung, die für jeden haben Arbeitsstag, der ohne Entschuldigung verfaßt wird, einen Schadenertrag von 1,50 M. vorsieht. Der Arbeiter bestritt, gegen die Arbeitsordnung gehandelt

zu haben. Er habe keine Postkarte gehabt, um sich sofort zu entschuldigen, und habe am nächsten Tage, wie es ja tatsächlich der Fall gewesen sei, wieder zur Arbeit gehen und sich mündlich entschuldigen wollen. Darauf wurde die Widerklage der Firma abgewiesen, und zwar aus folgenden Gründen: „Es war davon auszugehen, daß die Krankheit und Arbeitsunfähigkeit des Klägers an den beiden fraglichen Tagen unstreitig ist. Es lag also ein genügender Entschuldigungsgrund vor. Der Rest des Klägers könnte also nur in der nicht rechtzeitigen Meldung seiner Krankheit liegen. Wenn nun die Arbeitsordnung eine „sofortige“ Meldung verlangt, so kann dies nicht wörtlich genommen werden. Es müssen vielmehr die Lebensverhältnisse des Arbeiters und die ganze Lage der Sache berücksichtigt werden. Es kann dem Arbeiter nicht zugemutet werden, daß er sofort einen besonderen Boten an die Beklagte schickt, auch nicht, wenn etwa ein Familienangehöriger geeignet wäre, den Botengang zu besorgen. Denn die Familienangehörigen, insbesondere die Ehefrau eines Arbeiters, haben gewöhnlich auch ihre Beschäftigung, die sie nicht ohne Schaden jederzeit unterbrechen können. Bei der ganzen Lage der Verhältnisse wird es nicht erst eines besonderen Nachweises bedürfen, daß die Sendung eines besonderen Boten unmöglich war, vielmehr bleibt als gewöhnliches Mittel zur Bestellung der Entschuldigung für die Regel nur die Post übrig, und auch die Benutzung dieses Beförderungsmittels darf man nicht von kaufmännischen Grundsätzen ansehen, sondern dem erkrankten Arbeiter eine gewisse längere Zeit lassen, um sich eine Postkarte, eventuell auch Tinte und Feder zu besorgen. Infolgedessen muß eine Anzeige am Tage nach der Erkrankung noch als rechtzeitige angesehen werden, es sei denn, daß dem Arbeiter nachgewiesen wird, daß er tatsächlich imstande war, die Anzeige ohne besonderen Kostenaufwand früher zu bewirken, und daß er die frühere Anzeige somit willkürlich unterlassen hat. Davon ist aber in vorliegendem Falle keine Rede, und deshalb war die Widerklage abzuweisen, denn am Tage nach der Erkrankung ist ja die Mitteilung des Entschuldigungsgrundes mündlich erfolgt.“

Nach diesem Urteile wäre auch die sofortige Entlassung unberechtigt gewesen, wenn der Arbeiter nicht in einem kündigungsfreien Arbeitsverhältnis gestanden hätte.

Eingesandt.

Bittere Wahrheiten.

Wer in der heutigen Zeit ein aufmerksamer Beobachter unserer wirtschaftlichen Entwicklung ist, der muß zugestehen, daß es Aufgabe jedes einzelnen sein muß, Anteil zu nehmen an dem Kampfe, den die Arbeiterklasse gezwungen ist, zu führen. Das Unternehmertum ist kraft seines Kapitals bestrebt, das arbeitende Volk immer mehr zu proletarisieren, sodaß auch dem rückständigsten Arbeiter die Augen geöffnet werden müssen. Über dieser Gang der Entwicklung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete ist den Kapitalisten nicht angenehm und sie können oder wollen nicht begreifen, daß gerade sie derjenige Teil sind, der ungewollterweise das arbeitende Volk aufrittelt. Es geht mit den sozialen Erscheinungen, wie mit den Organismen. Jede Gesellschaft, jede Klasse entwickelt sich, herrscht und gebiert eine neue, die zu ihrer Vernichtung bestimmt ist. So bringt auch der Kapitalismus ein neues System, das sozialistische, zur Welt, und da er die gesamte Arbeit einer Klasse aufbürdet, so zeugt er zugleich die Klasse, die zur Herrschaft berufen ist. Darum macht vielen Unternehmern diese Entwicklung wenig Freude.

Auf beiden Seiten, auf Arbeitgeberseite wie auf Arbeitnehmerseite, beobachten wir ein stetes Kampfen und Ringen, wobei jede Korporation die stärkere bleiben will. Die Unternehmer sind mit wachem Feuer-eifer bemüht, ihre Organisationen derartig auszubauen, um die berechtigten Forderungen ihrer Arbeiter abzuwehren. Auch sie wollen die Arbeitskämpfe verhindern — nur nicht auf friedlichem Wege. Ihr Ziel ist die Ruhe im Gewerbe, errungen durch Niederzwingen der Arbeiterorganisationen. Sie wollen den Kämpfen ein Ende bereiten, indem sie den Gegner zu vernichten suchen. Sie rufen nicht nach Waffenstillstand, sondern nach der Kampfesunfähigkeit eines Teils der Kämpfer. Keine Tendenz auf Zersplitterung ihrer organisatorischen Kräfte kann man wahrnehmen, wenn es gilt, die Aktionsfähigkeit der Arbeiterorganisationen zu schwächen. Ab und zu gelangt es ihnen auch, und jedesmal dort, wo die Arbeiter unter sich nicht einig sind. Gerade deswegen trachten die Unternehmer danach, Zersplitterungen innerhalb der Arbeiterchaft herbeizuführen, denn sie sind sich wohl bewusst, daß dann ihr Zweck desto eher erreicht wird.

Nun haben aber die Gewerkschaften absolut keine Ursache, mit scheelen Augen zuzusehen, wie die Unternehmer daselbe Prinzip anwenden, auf dem ihr Dasein beruht. Unternehmerorganisationen sind nicht ein Uebel vom Standpunkte des organisierten Arbeiters aus, sie sind sogar erwünscht, nur dürfen es nicht Scharfmacherorganisationen sein. Darin diskutieren auch die Gewerkschaften nicht darüber, ob die Unternehmerorganisationen wünschenswert sind. Was sie beschäftigt, ist die Frage: Wird den Unternehmerorganisationen der Scharfmachergeist auszutreiben sein und auf welche Weise? Finden wir auch bei den Arbeitern ein festes Zusammenhalten, kraft dessen sie in der Lage wären, die Pläne der Scharfmacher zu zerstören? Da müssen wir leider konstatieren, daß dem nicht so ist. In Dutzenden von Organisationen haben sie sich zusammengeschlossen, und nur der ausgeklügelte Teil hat sich in großen Zentralverbänden zusammengeschlossen, weil er weiß, daß in diesem Zusammenschluß seine Macht und Stärke ruht. Deshalb muß es ständige Aufgabe dieser Organisationen sein, immer mehr Aufklärung unter den Arbeitern zu schaffen, damit sie begreifen, zu welchem Zwecke sie sich organisiert haben.

Natürlich wird es immer Leute geben, die nicht begreifen wollen, daß eine große geschlossene Masse mächtiger ist als ein kleines Häuflein. Aber auch diesen müssen wir vor Augen führen, wie widersinnig ihre Ansicht ist. Gerade zur gegebenen Zeit, wo große Veränderungen auf gewerkschaftlichem Boden bevorstehen durch die Einführung von Reichstarifen ist es doppelt nötig, daß es eines jeden Arbeiters Sorge sein sollte, die Aktionsfähigkeit seiner Gewerkschaft zu erhöhen. Aber was bemerken wir hier? Eine gewisse Unähn-

felt in den verschiedensten Formen. Einzelne betrachten alles mit Vorurteilen. Ja man geht sogar so weit, zu behaupten, daß bei Abschluß eines Reichstags nun der Kampf mit der Gewerkschaften vorbei sei. Es kommt sogar hier und da die Meinung hoch, daß nun die Zentralisation der Gewerkschaften eine verfehlte sei, und daß eventuell Lokalorganisationen doch zweckdienlicher für die Arbeiter seien. Diese Personen, die derartige Ansichten haben, glauben nun auch, speziell gegen die führenden Personen zu agitieren, weil sie sich nicht von dem Wahne befreien können, daß diese ganz unschuldig an dem Entwicklungsgange sind, denn nicht Personen machen oder ändern etwas an dem Entwicklungsgange, sondern die Zeitverhältnisse sind die treibenden Faktoren. Man sollte im Gegenteil den Gewerkschaftsvorständen, die die Chancen des Kampfes besser beurteilen können, eine noch größere Freiheit einräumen, als wie sie sie heute besitzen. Es sollte so wie so mehr auf das Wort der Organisationsleiter gehört werden und erst in zweiter Linie können dann die Kämpfer, denen die Leidenschaft des Kampfes — beargwöhnungsweise — sehr oft den nüchternen Blick trübt und keine klare Uebersicht immer gestattet.

Nach in unserem Berufe machen sich in einzelnen norddeutschen Städten Kollegen bemerkbar, die mit zu denen zu rechnen sind, denen alles gegen den Strom geht. Sie vergessen ganz und gar, daß eine Bewegung wie die augenblickliche doch Vorteile für alle bringt. Wenn wir als norddeutsche dabei etwas schlechter wegkommen sind wie unsere süddeutschen Kollegen, so sollten doch einzelne nicht so egoistisch sein und dieses zum Anlaß nehmen, Zersplitterungen innerhalb unserer Organisation herbeizuführen. Geht eine Steigerung der Löhne in Süddeutschland vor sich, wird der Lohnunterschied zwischen Nord und Süd ein nicht so großer sein, so wird selbstverständlich auch die Verteilung der Arbeitskräfte eine geregeltere werden und der Zuzug nach Norden wird bedeutend abnehmen, wodurch die Kollegen ebenfalls einen kleinen Vorteil haben.

Gewiß muß zugegeben werden, daß dem Tarif noch Mängel genug anhaften, doch lehrt die Erfahrung, daß alles, was entsteht, sich mit der Zeit verbessert. Genau so gut wie unsere Verfahrsmittel und Beleuchtungs-einrichtungen in der ersten Zeit nicht so vollkommen wie heute waren, so wird auch der Reichstags besser ausgebaut werden. Natürlich von selber wird er es nicht, sondern die Arbeiter, die ihn abgeschlossen haben, müssen ihr Augenmerk darauf richten, daß dieses vor sich geht. Wenn trotz alledem anarchische Elemente nicht begreifen wollen, daß der Gang der wirtschaftlichen Verhältnisse die Organisationen dazu trieb, Reichstags zu zustimmen, so kann es einen zum Lachen reizen, ständen nicht die Gesamtinteressen der Arbeiter auf dem Spiele. Man soll deshalb die phrasenhaften Ausführungen dieser Personen nicht ernst nehmen. Im Gegenteil, Aufklärung muß geschaffen werden und dieses muß Aufgabe aller sein, die es ernst meinen mit dem Auf-
stieg der gesamten Arbeiterklasse.

Kiel.

S. W.

Sachliteratur.

Das Februarheft der Deutschen Malerzeitung Die Mappe mit feiner trefflicher Ausstattung und gediegener Inhalt wird allgemein in Kollegenkreisen gute Aufnahme finden. Von den illustrierten Tafeln heben wir hervor: Tafel 51: Decke und Wand von Karl Bruns in Hannover; Tafel 52: Frieze für Langjule von L. Werner in München; Tafel 53: Engel und Evangelist Johannes (gotisch), gemalt von C. Diebich in Breslau und Tafel 54: Sockelfrieze von Emil Bloch in Leipzig. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 3 Mk. Verlag von Georg D. W. Callwey in München.

Sterbetafel.

Eschwege. Am 8. Februar starb unser treues Mitglied Ludwig Benning, im Alter von 43 Jahren an Krämpfen.
Frankfurt a. M. Am Sonntag den 6. Februar verstarb unser Kollege Wilhelm Helmstaedter im Alter von 36 Jahren.
Braunschweig. Am 13. Februar starb unser langjähriges Mitglied Wilhelm Sollenkamp im Alter von 49 Jahren.

Dereinstell.

Bekanntmachung.

Vom 5. Dezember 1909 bis 2. Januar 1910 gingen für ausgezahlte Krankenunterstützung Scheine ein: Aachen 41.40, Augsburg 35.05, Bamberg 47.55, Bayreuth 4.80, Berlin 1477.45, Bielefeld 47.30, Bochum 37.—, Brandenburg 17.55, Braunschweig 232.15, Bremen 163.95, Bremerhaven 44.30, Breslau 582.70, Cassel 427.35, Chemnitz 209.90, Coblenz 2.40, Colmar 29.75, Cöln 124.35, Cottbus 24.—, Crefeld 52.95, Crimmitschau 9.—, Cuzhaven 4.55, Danzig 123.45, Darmstadt 514.10, Dessau 72.10, Dortmund 188.75, Dresden 586.75, Duisburg 3.—, Düren 54.40, Düsseldorf 52.40, Eberfeld 65.70, Erfurt 121.40, Eschwege 61.65, Essen 295.50, Falkenstein 9.80, Finsterwalde 12.60, Forst 23.75, Frankfurt a. M. 1080.95, Frankfurt a. O. 30.80, Freiburg 9.—, Friedberg 60.40, Gera 78.50, Gießen 96.55, Glauchau 22.95, Görlitz 99.55, Gotha 302.—, Göttingen 33.90, Graudenz 24.—, Greifswald 25.50, Greiz 3.90, Guben 19.15, Halle 231.15, Hamburg 1078.10, Hamm 10.50, Hannover 253.—, Heidelberg 54.35, Heilbronn 48.40, Herford 3.—, Hildesheim 21.95, Hof 21.65, Jena 56.15, Karlsruhe 71.60, Kattowitz 49.30, Kempten 15.40, Kiel 262.95, Königsberg 23.70, Köslitz 25.—, Leipzig 420.40, Liegnitz 33.95, Lissa 8.45, Lüneburg 3.60, Magdeburg 331.50, Mainz 602.25, Mannheim 237.40, Marburg 17.75, Meerane 24.—, Meß 23.95, Mühlhausen i. G. 3.—, München 643.90, Neugersdorf 11.50, Neumünster 13.30, Nordhausen 11.05, Norwales 48.90, Nürnberg 474.80, Oelsnitz 25.90, Oldenburg 33.25, Oppeln 10.—, Osnabrück 18.10, Passau 12.90, Pforzheim 42.40, Plauen 9.60, Posen 91.50, Potsdam 39.85, Queßlinburg 4.50, Reddinghausen 17.50, Regensburg 132.45, Reichenbach 50.25, Rostock 62.90, Saarbrücken 35.90, Schleswig 18.—, Schweinfurt 44.10, Schwerin 7.80, Siegen 18.80, Spandau 112.—, Speyer 7.80, Stettin 87.70, Stralsburg 71.15, Stuttgart 276.10, Thorn 17.85, Tilsit 8.50, Waldenburg 21.90, Weimar 39.85, Weiskammer 23.70, Wiesbaden 538.20, Wilhelmshaven 43.85, Worms 73.80, Würzburg 223.—, Zwickau 40.30, Einzelmitglieder 17.50; in Summa 15 105.75 Mk.

An Sterbeunterstützung: Berlin 130, Braunschweig 10, Bremen 65, Breslau 30, Celle 10, Chemnitz 50, Coblenz 20, Coburg 45, Colmar 10, Danzig 20, Darmstadt 20, Dessau 20, Dresden 77, Düren 10, Düsseldorf 20, Eschwege 10, Essen 20, Falkenstein 10, Frankfurt a. M. 185, Frankfurt a. O. 10, Gera 100, Görlitz 10, Gotha 35, Göttingen 10, Grünberg 10, Halle 20, Hamburg 40, Herford 20, Kiel 10, Leipzig 45, Liegnitz 40, Magdeburg 10, Mannheim 40, Meß 20, Mühlhausen i. G. 10, München 60, Norwales 10, Nürnberg 25, Passau 10, Pirmasens 10, Plauen 10, Posen 55, Potsdam 10, Regensburg 10, Spandau 50, Stettin 20, Stralsburg 10, Weimar 20, Wiesbaden 15, Worms 10, Würzburg 60; in Summa 1577 Mk.

An Wöchnerinnenunterstützung: Nürnberg 10.

Material wurde versandt:
B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken.
D. = Duplikatmarken. R. N. M. = Vereins-Anzeiger-Marken. M. W. = Marken-Wappen. P. = Protokolle.
Pr. = Broschüren. S. = Kalender. Fr. = Frottoes.
Bamberg 800 B. a 60 S., 400 B. a 20 S., 30 C.; Berlin 1 Pr. a 1 M.; Crefeld 1200 B. a 60 S., 500 S. a 25 S., 50 C.; Danzig 2000 B. a 20 S.; Eberfeld 20 S.; Gotha 10 000 B. a 60 S., 2000 B. a 50 S.; Hannover 10 000 B. a 70 S., 2000 B. a 25 S.; Herford 1200 B. a 35 S.; Hof 400 B. a 60 S.; Kiel 3 Pr. a 1 M.; Magdeburg 4000 B. a 60 S., 800 B. a 50 S., 800 B. a 20 S., 200 C., 20 D.; Mühlhausen 400 B. a 50 S., 400 S. a 25 S.; Oranienburg 20 C.; Regensburg 2400 B. a 60 S.; Rosenheim 400 B. a 50 S.; Sagan 400 B. a 50 S., 100 B. a 20 S.; Zingen 400 B. a 50 S., 200 B. a 20 S.

S. Wenker, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands

Bericht des Hauptkassierers vom 13. bis 19. Februar. Ueberschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingekandt von Albrecht-Bernau 80 M., Hülsh-Darmstadt 80 M., Appel-Crefeld 70 M.; Bagau-Friedrichsbagen 100 M., Krüger-Gr. Richterfelde 150 M., Heinde-Altburg 2. M. 100 M.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgehandelt an Eberling-Weimar 100 M., Rudolph-Mannheim 150 M., Rößel-Fürth i. Bayern 50 M., Struck-Göttingen 100 M., Wöhmig-Bremerhaven 50 M., Hellmuth-Düsseldorf 150 Mk., Voering-Görlitz 50 Mk., Intermarkt-Dresden 200 Mk.

Krankengelder erhielten Buchn. 24370 F. Kunzhausen in Uslag 13.50 M., Buchn. 28539 H. Habets in Aachen 13.50 M., Buchn. 24806 Th. Mühlfried in Breslau 13.50 M., Buchn. 30557 D. Gerhard in Traben-Trarbach 22.50 M., Buchn. 19741 W. Möblius in Wallerstein 13.50 M., Buchn. 28631 F. Röll in Tann a. Rhöngebirge 13.50 M., Buchn. 34059 B. Gantich in Posen 13.50 M., Buchn. 24846 W. Mademacher in Breslau 13.50 M., Buchn. 11035 W. Gräff in Schlagbrügge i. Lauenburg 13.50 M., Buchn. 5500 W. Wolde in Cassel 13.50 M., Buchn. 20198 D. Stebe in Woltersdorf bei Erker 33.75 M., Buchn. 340 J. Grebe in Buchenau 13.50 M., Buchn. 28045 R. Walofec in Breslau 13.50 M., Buchn. 2632 C. Fischer in Neuweßel 15.75 M., Buchn. 36603 W. Seewald in Lissa i. Posen 13.50 M., Buchn. 15881 G. Vahr in Göttingen i. Pfalz 20.25 M., Buchn. 12964 C. Zülle in Randern i. Baden. 13.50 M., Buchn. 4763 S. Paal in Netzen (Hannover) 31.50 M., Buchn. 14054 H. Biettschau in Graudenz 13.50 M., Buchn. 24864 R. Langer in Breslau 6.75 M., Buchn. 34033 St. Schmiedewitz in Posen 13.50 M., Buchn. 31940 A. Ziegler in Noffen 13.50 M., Buchn. 23788 F. Glöckner in Mollerwiese 24.75 M., Buchn. 34089, W. Krause in Posen 6.75 M.

Duplitate wurden ausgestellt für die Kollegen: Karl Ruche, Buchn. 76497, bez. bis 52. Woche 09 (Dortmund); Ernst Zirkler, Buchn. 71350, bez. bis 52. Woche 09 (Cöln); Willy Parakuntz Buchn. 54426, bez. bis 4. Woche 10 (Königsberg); Ambros. Bittner, Buchn. 62540, bez. bis 3. Woche 10 (Waldenburg); Karl Säberer, Buchn. 34906, bez. bis 52. Woche 09 (Gera); Otto Mejele, Buchn. 61777, bez. bis 41. Woche 09 (Spandau); Karl Wöllmann, Buchn. 43534, bez. bis 8. Woche 10 (Kiel); Heint. Buns, Buchn. 62518, bez. bis 4. Woche 10 (Bremen).

J. S. Wulle, Hamburg 22, Schmalenbekerstr. 17.

Anzeigen.

Filliale Colmar.
Die Adresse des Bevollmächtigten ist jetzt:
Karl Huntzinger L.M. 1.20
Colmar, Thaanenstraße 1a.

Filliale Siegen.
Der Kollege **Max Lantsch** wird dringend gebeten, seine Adresse an Unterzeichneten zu übermitteln. Sollte der Kollege irgendwo auftauchen, so bitte um Nachricht. [M. 1.40]
Ernst Schwarz, Siegen, Hundgasse 26.

Gesang-Verein der Lackierer, Berlin
M. d. V. S. V.
Übungsstunde jeden Montag abends von 9-11 Uhr im Rosenthaler Vereinshaus von Leopold Gahn.
Berlin, Rosenthalerstraße 57.
Sangeslustige Kollegen willkommen.

**Möbelfabrik sucht
Anstreicher**
Speziell für Holz und Marmor, der bisher in Möbelfabrik tätig war und in sämtlichen Holzarten durchaus selbständig arbeiten kann. — Off. mit Gehaltsansprüchen unter K. A. 4891 an Rudolf Mosse, Cöln.

Malergeschäft in Hamburg
mit fester Kundschaft ist sofort zu verkaufen. Arbeit genügend vorhanden. Offerten unter O. 5 an die Expedition dieses Blattes.

Arrieg-
en können Sie bei mir nichts umsonst, aber gut und billig werden Sie bedient in **Platerartikeln, Farben, Lacken, Pinseln, Tubenfarben und Mastfäden.** Verlangen Sie Preisliste.
G. Job, Nürnberg 5, Tegelgasse 18.



Erschienen sind im Selbstverlag des Verbandes:

Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse 1909.
Broschürt Mart 2.—, gebunden Mart 2.50 (für Mitglieder nur Mart 1.— bezw. Mart 1.50.)

Protokolle und Entscheidungen in bezug auf den Normaltarif im Malergewerbe.
Preis Mart 1.—

Die Bestellungen können bei den Filialen oder direkt beim Vorstand eingereicht werden.

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren.
Prospekt über das rühmlichst bekannte

Mahlers Fondin
versendet gratis und franko **Mahler & Co., Bamberg II.**

Die grossen Erfolge
welche unser Institut auch im letzten Semester zu verzeichnen hatte, bestehen darin, dass die Leistungen unserer Schüler auf verschiedenen Malertagen die höchsten Preise erhielten und heute schon zwei Herren die Berechtigung zum Einjährigen-Dienst erlangten.

**Schule für Holz- und Marmorlakaien und moderne Techniken von
Fr. Weilershausen & Co., Hamburg 5
Lindenstrasse 19.**
Unterricht vom 15. Oktober bis 15. März. Man verlange Prospekt.

Jeder Fachmann kauft seine Arbeits-
leitung direkt im Spezialgeschäft von
Ad. Wecker, Berlin C., Mühlendamm 3,
überzeugen Sie sich durch Probe-Auftrag.
Nur 1a Stoffe u. Verarbeitung. Preisliste frei.

Hermann Stramm
Berlin SO., Ritterstr. 128.

Maler - Mäntel,

beste Qualität mit schrägen Taschen und Umgelegtungen. Nur eigenes Fabrikat.
110 120 130 140 cm lang
jezt 2.90 3.10 3.25 3.40 M.
Hosen aus Kestelstoff 2.— M., Hosen 40 S.,
Drell-Hosen und Jacken à 3.— M., Extra-
Größen 3.80 M. 11. Qualität 25 S. billiger.
Wir bitten Oberweite und Schrittlänge
anzugeben.

**D. Wurzel & Co., Berlin,
Brückenstraße 18, I.**

50 bunte Malvorlagen Mk. 6.—
Landschaften, Blumen, Tiere, Seestücke, Damen etc.
Ph. Brühl, Seessen i. Westf.

Der Neue Prospekt der Prachtvollen Schülerarbeiten

vom Kunstgewerblichen
**Institut für Maler
H. Schmid-Engweiler, Biring**

ist soeben erschienen und gratis erhältlich.
Porto n. d. Schweiz f. Briefe 20, Karte 10 S.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 7 des
Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten
unserer Filialen bei.

Für die Redaktion verantwortlich **W. Mart,
Hamburg, Schmalenbekerstraße 17.**
Verlag von **S. Wenker, Hamburg 22.**
Druck von **Friedrich Meyer, Hamburg 23.**